Freitag, den 26. August 1921 — Einzelnummer 25 Pf. — 32. Jahrgang — Nr. 199

Volkswacht

für Schlesien

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 1.— Mk., anderwärts 1.20 Mk., Anzeigen unter Text [illegible] 3.25 Mk., Stellenangebote, Familienanzeigen 0.40 Mk., [illegible] und Wohnungs-Anzeigen 0.40 Mk. [illegible] das Wort 1.— Mk. Anzeigen für [illegible] müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt[illegible] sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5852.

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Flurstraße 4-6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht", Neue Graupenstraße Nr. 8 und durch alle Austräger zu beziehen. Wöchentlich 1.20 Mk., monatlich 5.10 Mk., vierteljährlich 15.30 Mk. (einschließlich Bestellgebühr), durch die Post bezogen vierteljährlich 15.30 Mk. (ohne Bestellgebühr), frei ins Haus durch die Post " " " " " monatlich 6.10 Mk., vierteljährlich 18.30 Mk. " " " " "

Gesicherte Heimkehr nach Oberschlesien.

Die Rückkehr nach Oberschlesien.

Kattowitz, 25. August. Der deutsche Ausschuß für Oberschlesien teilt mit: Die vergangenen Sonntag eingeleiteten Besprechungen zwischen der Interalliierten Kommission und den Vertretern des Deutschen Ausschusses und dem Obersten Polnischen Volksrates haben heute zu folgenden Ergebnissen geführt:

Die Interalliierte Kommission wird sich der Sicherheit der zurückgekehrten Flüchtlinge ganz besonders annehmen und erneute Bedrohungen oder gar Gewalttätigkeiten gegen die heimgekehrten Flüchtlinge in strengster Weise ahnden. Durch einen entsprechenden Aufruf an die Bevölkerung wird sie ihr hiervon Kenntnis geben. Die Kreiskontrolleure und ihre Organe werden von der Interalliierten Kommission eingehende Anweisungen erhalten, daß sie ihrerseits verpflichtet sind, etwaigen neuen Beschwerden der Heimgekehrten sofort und energisch abzuhelfen. Im gleichen Sinne werden alle übrigen Behörden Anweisungen erhalten. Der von der Interalliierten Kommission beauftragte Major Williams wird sich persönlich von der Durchführung der Anordnungen der Interalliierten Kommission durch Besuche bei den zurückgekehrten Flüchtlingen überzeugen. Der Deutsche Ausschuß für Oberschlesien und der Oberste Polnische Volksrat werden durch besonders Beauftragte darüber wachen, daß die zurückgekehrten Flüchtlinge nicht von Neuem irgendwelchen Belästigungen und Verfolgungen ausgesetzt sind und der Interalliierten Kommission Bericht über ihre Wahrnehmungen erstatten. Die Zurückführung der Flüchtlinge erfolgt nach einem bestimmten Plane, nach dem zuerst die aus den Kreisen Gleiwitz, Groß-Strehlitz und Lublinitz Geflüchteten zurückkehren, dann die Flüchtlinge aus den Kreisen Oppeln, Kosel, Tarnowitz, Hindenburg und Beuthen. Zuletzt wird die Zurückführung der Flüchtlinge aus den übrigen Kreisen erfolgen.

Die Interalliierte Kommission hat weitgehende Unterstützung und Mitwirkung für die nach den deutsch-polnischen Vereinbarungen zu bildenen paritätischen Ausschüsse zugesichert.

Der Mord an Montalegre vor Gericht.

Tarnowitz, 25. August. Vor einem besonderen Gerichtshof des außerordentlichen Kriegsgerichts der Interalliierten Kommission fand heute hier die Verhandlung gegen den 20 Jahre alten Grubenarbeiter Leo Joschke aus Roltinitz bei Beuthen statt, der angeklagt ist, in Beuthen am 4. Juli den französischen Major Montalegre erschossen zu haben. Der Gerichtshof bestand aus einem französischen Juristen, einem Elsässer Namens Meier, als Vorsitzenden, einem englischen Major und einem italienischen Professor. Die Anklage, die auf Mord lautete, vertrat ein englischer Offizier, der von Beruf Rechtsanwalt ist. Die Verhandlung wurde in deutscher Sprache geführt, die sowohl der Vorsitzende wie auch der englische Beisitzer und der Anklagevertreter vollkommen beherrschten. Nur die als Zeugen vernommenen französischen Offiziere machten in französischer Sprache ihre Aussagen, die darauf vom Vorsitzenden verdolmetscht wurden. Es wurden 18 Zeugen und zwei Sachverständige vernommen. Die Verhandlung, die von 11 Uhr vormittags bis 5½ Uhr nachmittags dauerte, endete mit der Verkündigung folgenden Gerichtsbeschlusses:

Es wird die Vornahme einer sofortigen Leichenschau durch zwei alliierte sachverständige Aerzte unter Hinzuziehung eines deutschen Gerichtsarztes angeordnet zur Feststellung des Kalibers, der Art des tödlichen Schusses und der Entfernung, aus der der Schuß abgegeben worden ist. Die Verkündigung des Urteils findet Dienstag, den 30. d. Mts., vormittags um 11 Uhr, statt.

Der Friedensvertrag mit Amerika unterzeichnet.

Die Unterzeichnung des deutsch-amerikanischen Friedensvertrages ist am Donnerstag nachmittag 5 Uhr im Amtszimmer des Reichsministers des Auswärtigen Dr. Rosen in den einfachsten Formen erfolgt. Von amerikanischer Seite waren zugegen der Commissioner Ellis Loring Dresel, Botschaftsrat Hugh R. Wilson, die Botschaftssekretäre Pennoyer, Amory und Mister Norris, von deutscher Seite außer dem Reichsminister Staatssekretär von Haniel, Geheimrat Dr. Grunenwald, Generalkonsul Grunow, und Geheimrat Dr. Gause. Nach der Unterzeichnung sprach Herr Dresel in kurzen Worten die Ueberzeugung aus, daß sich die deutsch-amerikanischen Beziehungen erfreulich gestalten würden. Dr. Rosen erwiderte ebenfalls in kurzen Worten, daß Deutschland in dieser Stunde den Blick auf die Zukunft richte, um dann auch seinerseits der Hoffnung und der Ueberzeugung Ausdruck zu geben, daß die wirtschaftlichen wie die allgemeinen Beziehungen zwischen den beiden großen Völkern sich günstig und erfreulich entwickeln werden.

In Artikel 1 des Vertrages verpflichtet sich Deutschland, den Vereinigten Staaten alle Rechte, Privilegien, Entschädigungen, Reparationen oder Vorteile zu gewähren, die in der Friedensresolution bezeichnet sind mit Einschluß aller Rechte und Vorteile, die zugunsten der Vereinigten Staaten im Vertrage von Versailles festgesetzt sind.

Im Artikel 2 wird gesagt, daß die Vereinigten Staaten an keine Bestimmungen der Völkerbundsakte oder an keine Maßnahmen des Völkerbundes gebunden sein wollen, es sei denn, daß sie ausdrücklich ihre Zustimmung zu einer solchen Maßnahme geben, daß die Vereinigten Staaten keine Verpflichtungen aus den in diesem Vertrag nicht aufgenommenen Bestimmungen des Versailler Vertrages übernehmen, daß sie zwar berechtigt sind, an der Reparationskommission oder anderen Kommissionen teilzunehmen, aber nicht verpflichtet sind, sich an irgend einer solchen Kommission zu beteiligen.

Artikel 3 besagt, daß der gegenwärtige Vertrag gemäß den verfassungsgesetzlichen Formen der hohen vertragschließenden Teile ratifiziert werden und sofort mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden, der sobald wie möglich in Berlin stattfinden wird, in Kraft treten soll.

Von zuständiger deutscher Seite wird zu dem Friedensvertrage folgendes bemerkt:

Der deutsch-amerikanische Vertrag ist das Ergebnis der Verhandlungen, die auf die Initiative der amerikanischen Regierung Anfang Juli begonnen wurden, um die Beendigung des zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika formell noch bestehenden Kriegszustandes herbeizuführen. Die Verhandlungen waren von vornherein dadurch bedingt, daß die amerikanische Regierung an die bekannte Friedensresolution des Kongresses vom 21. Juli gebunden war, die für Amerika in erster Linie alle Rechte aus dem Versailler Vertrage vorbehält. Wie sich aus dem deutsch-amerikanischen Vertrag ergibt, schieden mehrere wichtige Teile des Versailler Vertrages aus, nämlich Teil 1 (Völkerbund), 2 und 3 (territoriale Neugestaltung Europas), 4. Abschnitt 2 und 8 (Bestimmungen über China), Siam, Liberia, Marokko, Aegypten, Türkei, Bulgarien und Schantung), 7. (Auslieferung), 13. (internationale Regelung der Arbeit). Die amerikanische Regierung legt, wie sie mitteilen ließ, den Hinweis auf Sektion 2 der Friedensresolution dahin aus, daß sie keine neuen Rechte gegenüber Deutschland geltend macht, auch nicht über die Rechte hinausgeht, welche durch den Frieden von Versailles gewährt und durch Hinweis auf jenen Vertrag in dem vorliegenden Vertrage festgelegt worden. Außerdem stellt der Vertrag ausdrücklich fest, daß Amerika von dem ihm zugestandenen Rechten nur in der Weise Gebrauch machen wird, daß dabei die entsprechenden, Deutschland nach dem Versailler Vertrag zustehenden Rechte gewahrt bleiben.

Die Nichtaufnahme des Teiles 13 des Versailler Vertrages über die internationale Regelung der Arbeit erfolgte gegen den Vorschlag der deutschen Regierung. Der Versuch, die amerikanische Regierung zur Anerkennung dieses Teiles zu veranlassen, ist nicht gelungen, wohl wegen des engen Zusammenhanges seiner Bestimmungen mit dem von Amerika abgelehnten Völkerbund.

Nach Inkrafttreten des deutsch-amerikanischen Vertrages sollen nach dem Willen beider Teile die **diplomatischen und konsularischen Beziehungen** zwischen beiden Ländern alsbald aufgenommen werden. Auch sollen alsdann die Verhandlungen über die Regelung der künftigen Handelsbeziehungen, deren Pflege auch die amerikanische Regierung als erwünscht bezeichnete, sowie über alle für die Beziehungen der beiden Länder bedeutsamen Fragen eingeleitet werden.

Hinsichtlich des deutschen Eigentums in Sektion 5 der Friedensresolution ist bekanntlich bestimmt, daß dieses als Pfand zurückbehalten werden soll, bis Deutschland wegen der Verpflichtungen genügende Sicherheit gab. Die amerikanische Regierung erklärte übrigens, daß der Abschluß des Vertrages den Weg ebnen würde, um alle auf das beschlagnahmte deutsche Eigentum bezüglichen Fragen in gerechtester und billigster Weise zu regeln.

Die Berliner Presse zum Friedensschluß.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

Die gesamte Berliner Morgenpresse begrüßt die Unterzeichnung des deutsch-amerikanischen Friedens und begleitet den Akt mit längeren Betrachtungen.

Der „Vorwärts" sagt u. a.: „Der Friedensschluß mit der amerikanischen Republik bildet eine weitere und wichtige Etappe in dem deutschen Stabilisierungsprozeß und verdient deshalb mit Genugtuung unterzeichnet zu werden. Hier ist ein wirklicher Vertrag zustande gekommen auf Grund mündlicher Verhandlungen zwischen beiden Teilen und nicht ein einseitiges Diktat, wie das lediglich zwischen den Siegern vereinbarte der deutschen Delegation unter noch nie dagewesenen Verhandlungsbedingungen überreichte Versailler Dokument."

Das „Berliner Tageblatt" schreibt u. a.: „Im ganzen atmet das neue Vertragsinstrument den Geist nüchterner, um rein praktische Interessen besorgter Geschäftsleute, einen Geist, der die beste Gewähr für eine rasche Befestigung freundschaftlicher Beziehungen gewährleistet und auch diese Macht übt einen wesentlichen Unterschied zwischen dem Diktat von Versailles aus, das Präsident Hardings Vorgänger ohne Rücksicht auf die Mentalität seines Volkes aus eigener Machtvollkommenheit mit unterzeichnet hat. Nach 4½ jähriger Entfremdung spinnen sich nun neue Fäden über See. Wir möchten wünschen, daß ein Glückmaschiff die Friedensbotschaft von einem Ufer zum anderen befördert."

Heldenehrung.

Zeitz, 25. August. General v. Lettow-Vorbeck, der Leiter des Kapp-Putsches in Mecklenburg war, wurde hier beim Erscheinen in der Stadt zu einem Vortrage über die Kämpfe in Afrika von einer mehrere hundert Personen zählenden Volksmenge unter den Rufen: „Hinaus aus Zeitz! Massenmörder!" und ähnlichen Rufen gezwungen, die Stadt mit dem Abendzuge wieder zu verlassen.

Wenn Helden dieses Schlages ein wenig Taktgefühl besäßen, würden sie sich nie mehr im Leben öffentlich hervorwagen, sondern sich vor der Mißachtung des Volkes in die tiefste Zurückgezogenheit verkriechen, nachdem sie unverdienterweise am Zuchthaus vorbeigekommen sind.

Papier- oder Goldwert?

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst schreibt:

In Goldwerten soll die Ultimatumsschuld bezahlt werden. Die Reichsregierung, der es mit dem bisherigen Steuerprogramm noch nicht einmal gelungen ist, den Haushalt ins Gleichgewicht zu bringen, arbeitet darauf ein Steuerprogramm aus, das im wesentlichen die Zahlen der alten Steuersätze erhöht. Fast an demselben Tage, wo die Entwürfe aus dem Dunkel der Amtsstuben in das Licht der breiten Oeffentlichkeit traten, finden Verhandlungen mit den Gewerkschaften und Beamtenvertretern statt, die eine Brotzulage fordern und bekommen müssen, aber die Seite des Reichshaushalts, auf der die Ausgaben stehen, wird um einige Milliarden größer. Die Börse mit ihren Kurssteigerungen, die Hausfrau, die die steigenden Warenpreise an ihrem Geldbeutel zu spüren bekommt, sie alle wissen, daß wir in einer neuen Teuerungswelle stehen, die den Wert der Mark noch weiter hinabgleiten läßt. Das Reich aber ist schon zufrieden, wenn es Papiermark bekommt, auch wenn dessen Wert in der Zeit der Steuererhebung auf die Hälfte sinkt, das Vermögen des Besitzes von Sachwerten, Produktionsmitteln und Grund und Boden auf das Doppelte steigt.

Ist es nicht ein schreiender Widerspruch in der Finanzpolitik des Reiches, daß diese den Reichshaushalt zu einem großen Teil ganz ungedeckt läßt, dann selber durch die Arbeit der Notenpresse das Geld weiter entwertet und mit den entwerteten Papiersteuern das immer größer werdende Loch zu stopfen versucht?

Das arbeitende Volk hat alle Ursache, auf diese Vorgänge zu achten. Wohl bringt die neue Steuerauflage auch Abgaben, die das Vermögen treffen sollen, doch ist nur eine einzige unter ihnen, die sich wirklich in absehbarer Zeit überhaupt an die Vermögenssubstanz heranwagt, und auch diese unterscheidet sich nur durch niedrigere Steuersätze von den Helfferich-Erzbergerschen Kriegsabgaben, die die Kriegsgewinne aus der Welt schaffen sollten, ohne daß sie auch nur einen nennenswerten Bruchteil dieser Blutprämien erfaßt haben. Wird derart der Besitz von den neuen Steuervorlagen geschont, so ist der Verbrauch der breiten Massen um so freundlicher von dem Steuermacher bedacht. Verdoppelung der Umsatzsteuer, Erhöhung vieler anderer indirekter Steuern die wie die Leuchtmittel — und die Zündwarensteuer den Bedarf der Massen treffen — das sind die Mittel, mit denen man dem Arbeiter und dem Kleinrentner das Geld aus der Tasche holt. Diese Kreise, die von der fortdauernden Geldentwertung ohnehin am schwersten betroffen werden, schont die Steuergesetzgebung nicht im mindesten.

Und doch hätte sie alle Ursache, auf sie Rücksicht zu nehmen. Es ist eine unleugbare Tatsache, daß der Verbrauch der Massen stark zurückgegangen ist. Wohl besteht ein starker Warenbedarf. Es fehlt nicht nur an Wohnungen, es fehlt in den meisten Arbeiterhaushalten an Kleidung und Wäsche. Viele tausende heiratsfähige Menschen sind durch die Wohnungsnot behindert, einen eigenen Hausstand zu gründen. Wo sie es doch können, werden die Anschaffungen auf das Allernotwendigste beschränkt. Das ist nur ein ganz kleiner Ausschnitt aus dem Alltagsleben, das die Einschränkung des Verbrauchs beleuchten soll. Wie viele Erwerbslose, Kurzarbeiter, Kleinrentner darüber hinaus selbst ihren Lebensmittelbedarf auf das Aeußerste zurückschrauben müssen, das ist ein Kapitel für sich.

Diese Einschränkung des Verbrauchs aber ist die wichtigste Ursache für die industrielle Krise der Nachkriegszeit, die wir selbst heute noch nicht überwunden haben. Die Riesengewinne der Industrie und des Handels, die infolge günstiger Preismöglichkeiten aus einem geringen Warenumsatz herausgeholt werden, dürfen darüber nicht hinwegtäuschen, daß von einem regelrechten, etwa den Vorkriegsverhältnissen entsprechenden Massenverbrauch an Artikeln des täglichen Bedarfs nicht die Rede sein kann. Die Ursache der Verbrauchseinschränkung ist, wie gelegentlich der Verhandlungen über den Konjunkturrückschlag im vorigen Jahre von dem Sachverständigenkollegium, das damals dem jetzigen Reichswirtschaftsrat [illegible], festgestellt wurde, die [illegible]

sunkene Kaufkraft des Volkes, eine Begleiterscheinung der Geldentwertung. Ihr gegenüber steht der maßlos angewachsene Besitz derer, die ihr Kapital in den sogenannten Sach- oder Goldwerten angelegt haben. Deren Vermögen stieg fast in demselben Verhältnis wie die Finanznot des Reiches und in demselben Maße, wie der Geldwert sank.

Eine Zeit lang — noch bis vor wenigen Wochen — wurde die wirtschaftliche Krise als Verbrauchskrise aus einem Grunde nicht so fühlbar: Die Kohlenlieferungen aus dem Friedensvertrag machten es der Industrie unmöglich, ihre Produktion wesentlich zu erhöhen. Jetzt aber ist der schlimmste Brennstoffmangel überwunden. Zwar fehlt es noch an hochwertiger Steinkohle, an Braunkohlen jedoch, auf deren Verfeuerung sich ein beträchtlicher Teil während der großen Kohlenknappheit umgestellt hatte, ist bereits Ueberfluß und Absatzmangel. Wenn jetzt die Industrie trotz der im Verhältnis zum Weltmarkt niedrigen Löhne nicht genügend für den Inlandsmarkt arbeiten kann, so ist die darniederliegende Kaufkraft des Volkes die alleinige Ursache dafür.

Die Kauffähigkeit der breiten Massen aber wird durch die Erhöhung der indirekten Steuern weiter herabgemindert. Dadurch wieder wird die Produktion weiter herabgesetzt, die Arbeitslosigkeit steigt.

Schon aus diesem Grunde darf der Bogen nicht überspannt und die Last der Wiedergutmachung einseitig auf den Verbrauch abgewälzt werden. Müssen ohnehin schon im Interesse der Reichsfinanzen große Opfer gebracht werden, so darf durch sie nicht die Steuerkraft an ihrer Quelle, an der Gütererzeugung, unterhöhlt werden.

Darum ist eine unmittelbare Beteiligung des Reiches an dem Produktionsertrag das einzige Mittel, die Steuern auf die tragfähigen Schultern derer abzuwälzen, in deren Händen jetzt die ungeheuren Reichtümer entstehen. Das Reich selbst muß Teilhaber der Goldwerte werden und in derselben Weise wie der private Kapitalist aus den nachstehenden Erträgnissen Nutzen ziehen. Für die Industrie ist der Weg durch die Rücksicht auf die Kaufkraft der breiten Massen und die Vermögensbildung der Besitzenden ohne Weiteres gegeben. Für die Landwirtschaft ist eine Goldhypothek zugunsten des Reiches, deren Zinsen mit den Getreidepreisen steigen, wenn die Valuta fällt, das Mittel der Gewinnerfassung. Auf diese Weise wird die deutsche Landwirtschaft auch an einer Produktionssteigerung interessiert. Die heutige Lage, in der die Großagrarier bei sinkender Valuta ungeheure Preise erzielen, ohne daß sie auch nur annähernd im Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit von Steuern erfaßt werden, ist ein Ansporn dazu, das Land nicht mehr zu bestellen, als es zur Erreichung des Wohlstandes unbedingt nötig erscheint. Sie ist also eine Belohnung der Unproduktivität, deren Kosten die Verbraucher zahlen, indem sie das fehlende Getreide aus dem Auslande beziehen und so die Devisen, die zur Wiedergutmachung benötigt werden, dem Verbrauch zuführen.

Eine wirksame Heranziehung der Goldwerte, die übrigens auch technisch durchführbar ist, bietet die einzige Möglichkeit, den Besitz ernsthaft zur Wiedergutmachung heranzuziehen. Durch sie kann das Gegengewicht zu den großen Lasten geschaffen werden, die durch die Reparationen ganz zwangsläufig auch den breiten Massen auferlegt sind. Den Steuerbetrug des Besitzes darf man sich nicht länger ansehen. Die Sozialdemokratie wird sich den bisherigen Betrug nicht länger gefallen lassen, und wird ihre Taktik bei den kommenden Steuerberatungen entsprechend einstellen. Entweder eine starke Belastung des Besitzes, die wir in der Erfassung der Gold- und Sachwerte erblicken oder — Neuwahlen, die dem deutschen Volk die Entscheidung über die Art der steuerlichen Belastung überläßt, ist die sozialdemokratische Parole für die Zukunft. Nie wird sich die Pratei mit den augenblicklichen Steuerplänen, die den Verbrauch außergewöhnlich belasten, auf die Kriegstreiber aber weitgehendste Rücksicht nehmen, abfinden.

Veränderter Programmentwurf

Nach der ausgiebigen Diskussion des ersten Entwurfs eines neuen Parteiprogramms in der Presse und den Organisationen hat die Programmkommission noch einmal den ganzen Fragenkomplex durchberaten. Sie legt jetzt dem Parteitag in Görlitz den folgenden, in wesentlichen Punkten

abgeänderten Entwurf

vor:

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die Partei des arbeitenden Volkes. Sie hat zur Grundlage ihres Wirkens den Klassenkampf der Arbeiterklasse und der sich mit ihr solidarisch fühlenden Gesellschaftsschichten für ihre wirtschaftliche Befreiung und kulturelle Hebung. Sie erstrebt die Ueberwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems durch eine die Wohlfahrt aller Gesellschaftsmitglieder sichernde sozialistische Gemeinwirtschaft und damit zugleich die höchste Steigerung der geistigen und sittlichen Kultur des Volkes. Die Sozialdemokratische Partei sieht als ihre ernste Verpflichtung an, das Proletariat reif zu machen für seine Aufgaben in der sozialistischen Gesellschaft.

Die kapitalistische Gesellschaft hat sich als unfähig erwiesen, den Kopf- und Handarbeitern die Befriedigung ihrer materiellen und geistigen Lebensansprüche zu sichern. Sie hat die wirtschaftliche Ungleichheit gesteigert. Einer kleinen Minderheit im Ueberfluß lebender Kapitalisten steht die große Mehrheit der mit Not und Elend Kämpfenden gegenüber.

Der Weltkrieg und die Friedensdiktate haben die kapitalistische Entwicklung noch verschärft. Die in den Wegen der kapitalistischen Wirtschaft begründete fortschreitende Konzentration der Unternehmungen, der Monopolisierung wichtiger Industriezweige durch kapitalistische Gruppen ist noch beschleunigt worden. In Industrie und Bankwesen, in Handel und Verkehr hat eine neue Epoche der Angliederungen und Verschmelzungen, der Kartellierungen und Vertrustungen eingesetzt. Hieraus sind erwachsen: Weitere monopolistische Wirtschaftsgebilde und Kapitalverbände und gleichzeitig zunehmende Trennung der Produktionsleitung und der arbeitenden Massen vom Eigentum an den Produktionsmitteln und die Vernichtung bisher selbständiger Existenzen. So weitet sich die Kluft zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Besitz und Nichtbesitz.

Enorme volkswirtschaftliche Werte wurden durch den Krieg und seine Nachwirkungen zerstört. Zugleich wuchs eine neue Bourgeoisie aus Kriegslieferanten, Lebensmittelspekulanten und Geldwucherern empor. Diesem Aufstieg sozial wertloser, ja gesellschaftsschädigender Elemente steht gegenüber die Hinunterdrückung zahlreicher geistiger Arbeiter, weiter Schichten der Beamten, Gelehrten und Künstler, der Ingenieure und Kaufleute, der Kleinrentner und anderer früher selbständiger wirtschaftlicher Existenzen in proletarische Lebensbedingungen.

In der kapitalistischen Welt, vor allem in den Siegerstaaten, drängt diese Entwicklung des Wirtschaftslebens durch den Einfluß des Finanzkapitals auf die Politik der Regierungen zu imperialistischer Ausdehnung, zu Eroberung neuer Anlage- und Absatzmärkte. Sie verstärkt die Gefahr neuer internationaler Konflikte und beschwört welterschütternde Kriege herauf.

Diese unerträglichen Zustände können nur dadurch überwunden werden, daß die großen konzentrierten Wirtschaftsbetriebe durch Sozialisierung der kapitalistischen Produktion in die sozialistische Gemeinwirtschaft überführt und zugleich alle im Volk vorhandenen Kräfte in planmäßigem Auf- und Ausbau der Produktion zur höchsten technischen Vollkommenheit entwickelt und zu lebendiger Arbeitsfreudigkeit erzogen werden.

Hierzu wirken geistig befruchtend, wirtschaftlich erziehend, die Kampfkraft gegen den Kapitalismus stärkend die wirtschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterklasse. Ferner ist unerläßlich die Festigung der Deutschen Republik, die Demokratisierung aller staatlichen Einrichtungen, entschlossener Kampf gegen jeden Versuch der Wiederaufrichtung des alten Obrigkeitsstaates oder einer neuen Minderheitsherrschaft.

Die Lebensrechte unseres Volkes wie die aller anderen Völker sind zu sichern durch eine internationale Rechtsordnung, die getragen ist von einem alle Völker als gleichberechtigte Mitglieder umspannenden wirklichen Völkerbund.

Die auf die Verwirklichung des Sozialismus gerichtete Arbeit bleibt aber unvollständig, wenn ihr nicht zur Seite geht die internationale Verbindung und die internationale Aktion der werktätigen Bevölkerung aller Länder, die aus der Erkenntnis der Gemeinsamkeit ihrer Interessen erwächst.

Von diesen grundsätzlichen Anschauungen ausgehend, stellt die Sozialdemokratische Partei als Aktionsprogramm und als Ziel ihres Wirkens Forderungen auf.

Die wirtschaftlichen Forderungen

sind:

Die Bodenschätze und Naturkräfte sind der privaten Ausbeutung zu entziehen und in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen.

Aller Privatbesitz an kapitalistischen Produktionsmitteln, vor allem die kapitalistischen Interessengemeinschaften, Kartelle und Trusts, solange sie noch nicht in öffentliche Betriebe überführt sind, sind vom Reiche zu kontrollieren, in der Leistungsfähigkeit zu steigern und in ihrer Preisregelung zu beaufsichtigen.

Fortschreitender Ausbau der Betriebe des Reiches und aller Länder und der öffentlichen Körperschaften unter demokratischer Verwaltung und unter Vermeidung der Bürokratisierung.

Förderung der nicht auf Erzielung eines Profits gerichteten Verbrauchergenossenschaften.

Für die landwirtschaftliche Produktion und für die in ihr Beschäftigten

fordert die Sozialdemokratische Partei:

Erleichterung des schweren Daseinskampfes des Kleinbesitzes, vor allem Förderung des genossenschaftlichen Betriebes zur Ausnutzung landwirtschaftlicher Maschinen, zum Ankauf von Saatgut, Düngemitteln und landwirtschaftlichen Bedarfsartikeln.

Bis zur Sozialisierung des Getreidehandels die Organisierung des Verkaufes landwirtschaftlicher Erzeugnisse durch Genossenschaften der Landwirte, eventuell durch Zwangsgenossenschaften. Förderung der Siedlungen unter Wahrung der höheren Rechte der Allgemeinheit.

Intensivierung der Landwirtschaft und Vermehrung des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens mit finanzieller Unterstützung des Reiches, der Länder und Gemeinden. Kontrolle der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung. Vorkaufsrecht von Reich, Ländern und Gemeinden bei jeder Besitzänderung.

Maßnahmen gegen Veräußerung von Grund und Boden, der dem Reich oder anderen öffentlichen Körperschaften gehört.

Sozialisierung des Großgrundbesitzes und Anbahnung des Hypothekenwesens.

Zur Ordnung der Reichsfinanzen

fordert die Sozialdemokratische Partei:

Progressive Gewinnbeteiligung der öffentlichen Gewalten an den für die Sozialisierung noch nicht reifen Erwerbsunternehmungen.

Sonderbesteuerung der von der allgemeinen Geldentwertung wenig oder gar nicht betroffenen Vermögensbestandteile.

Ausreichende Besteuerung der landwirtschaftlichen Ueberschußwirtschaft.

Sicherung und Weiterbesteuerung der Einkommen, Vermögen und Erbschaften sowie ihre Anpassung an die Wertveränderung und Leistungsfähigkeit des werbenden Kapitals.

Erhöhte Besteuerung jedes verschwenderischen Ueberverbrauchs.

Fortschreitende Erfassung der Steuer an der Quelle.

Für den Ausbau der Verfassung und Demokratisierung der Verwaltung

fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

1. Sicherung und Ausbau der demokratischen Republik, Heranziehung aller Volksangehörigen zur verantwortlichen Mitarbeit am Gemeinwohl.
2. Ausbau der deutschen Republik zum Einheitsstaat, einheitliche Gesetzgebung und Verwaltung für die der Gesamtheit gemeinsamen Interessen und Aufgaben. Selbstverwaltung der Gemeinden und der zu höheren Selbstverwaltungskörpern gesetzlich organisierten Gemeindeverbänden (Kreise, Bezirke, Provinzen.) Uebertragung der Ausführung der Staatsgesetze auf die Organe der Selbstverwaltung unter Aufsicht des Staates. Beschränkung der Staatsaufsicht gegenüber den Selbstverwaltungskörpern auf die Beachtung der Gesetze und die Erfüllung der übertragenen Aufgaben.
3. Vollständige verfassungsmäßige und tatsächliche Gleichstellung aller mündigen Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts, der Herkunft, der Religion.
4. Direkte Wahlen der Gemeinde-, Bezirks-, Provinzial- und Volksvertretungen als oberste Behörden. Durchführung des parlamentarischen Regierungssystems, Ausbau des Rechts der unmittelbaren Volksabstimmung.
5. Auswahl der höheren Beamten auf Grund des Nachweises ihrer sozialwissenschaftlichen Kenntnisse und ihrer beruflichen Erfahrungen. Ersetzung aller Beamten, die ihre Stellung zur Schädigung der Republik mißbrauchen, durch zuverlässige Republikaner. Unterstellung aller Verwaltungsorgane unter die gewählte Volksvertretung.
6. Ablehnung jeder Diktatur einer Minderheit und der Verdrängung der demokratischen Volksvertretung durch berufsständige Organisation. Ausgestaltung des wirtschaftlichen Rätesystems, durch das die Arbeiter und Angestellten die Mitbestimmung im Wirtschaftsleben erhalten.

Für die Kommunalpolitik

fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

I. **Als Grundsätze der Gemeindeverfassung und Gemeindeverwaltung:**

a) Schaffung einer einheitlichen Gemeindeordnung für Stadt und Land sowie eines einzigen einheitlichen Gemeindevertreterkörpers für Leitung und Beratung aller Gemeindeangelegenheiten. Wahl dieser zugleich beschließenden wie leitenden und ausführenden Gemeindevertretung nach Artikel 17 der Reichsverfassung und Möglichkeit der jederzeitigen Erneuerung durch kommunale Initiative, sowie Möglichkeit der Aufhebung und Abänderung ihrer Beschlüsse durch Volksabstimmung. Unterstellung aller Gemeindebeamter unter die Gemeindevertretung. Wahl der Bürgermeister auf Zeit durch die Gemeindevertretung. Gewährung von Diäten an die Gemeindevertreter. Straflosigkeit für Aeußerungen in Ausübung ihres Amtes.

Der Bräutigam.

Geschichte eines jüdischen Mädchens.

Von Hermann Sendelbach.

8] (Nachdruck verboten.)

Ihr eigenes Leben erscheint ihr so nichtig und klein, armselig und traurig und bitter. — Was hat sie erlebt? — Und das Leben verrinnt.

Dann folgt noch ein Lustspiel, übermütig und prickelnd: In einem Badeorte am Strande. Männlein und Weiblein im Bade. Im Kurhaus ein Ball. Einsame Nische. Champagner in funkelnden Gläsern. Liebe, Küsse, Umarmungen. Irrungen, Wirrungen. Glückliches Ende. — Alles löst sich in Wohlgefallen, in Lachen und Lust.

Dann stehen sie auf der Straße.

„Das war doch zu toll!" sagt Annette und lacht noch einmal auf. „Hat's Ihnen gefallen, Fräulein Beata?"

„O ja —."

Beata ist sehr erregt, wie im Fieber.

„Gehen wir noch wohin?"

„Jetzt noch?"

„Es ist ja noch früh."

Annette läuft ein Stückchen über die Straße, blickt hinauf zum erleuchteten Zifferblatt am Grafen-Eduardsturm.

„Viertel vor zehn erst. — Oder wollen Sie schon nach Hause?"

„O, ich gehe auch gern noch mit."

„Wohin?" fragt Maria.

„Ich denke, in ein Cafe."

„In welches? Königscafe oder Central?"

„Central", entscheidet Annette.

Rauschende Musik umfängt sie beim Eintritt. Annette steigt keck voraus. Das Cafe ist brausend überfüllt.

„Wir müssen gehen. Es ist ja kein Platz mehr frei", sagt Beata schüchtern.

„Warten Sie nur!"

Sie steigt noch weiter, sie späht umher, so sicher und selbstbewußt, als sei sie hier heimisch seit Jahren und Tagen. Auch hier kennt sie jemand. Man grüßt sie und winkt. — Jetzt hat sie etwas erspäht.

„Kommen Sie, schnell!"

Links neben der Kapelle erheben sich Gäste, ein Tischchen wird frei, schon hat es Annette belegt . . .

„Ja, bitte, Kaffee! — Bohnenkaffee selbstverständlich. — Sie trinken doch auch? . . ."

Jetzt schweigt die Musik. Summendes Lärmen durchschwirrt den Raum. Die Mädchen blicken umher, plaudern, lachen. Annette hat harmlos den einen Fuß mit dem zierlichen Schühchen und den durchbrochenen Strümpfen nach vorne geschoben, ein bißchen sehr weit nach vorne. Ganz harmlos.

„Der junge Geiger hat einen hübschen Kopf."

Ja, es ist wahr. Auch Beata betrachtet ihn. Von Zeit zu Zeit wirft er jäh seinen Kopf in den Nacken, daß die langen Locken aus seiner Stirne nach hinten fliegen. Und manchmal streicht er mit seiner Rechten gedankenvoll über sein weiches Haar.

Die Musiker blättern in Noten. Jetzt greifen sie wieder nach ihren Instrumenten; der Geiger wirft seinen Kopf zurück und ein neues Stück jauchzt auf.

Verhaltener wird das Gewirr der Stimmen. Man lauscht. Eine leichte, prickelnde, keke Musik. Das lockt und tändelt und lacht. Und übermütig mit jedem Tone jubelt es laut: Das Leben ist schön und das Leben ist leicht. Und süß, und süß ist die Liebe. Und heute ist heut und morgen ist weit. Du lebe, lebe dein Leben!

Und Beata, o, auch sie fühlt auf einmal ein Zucken und Leben in ihrer Brust, ein Sehnen und heißes Verlangen. Es ist alles so leicht und so bunt und die Menschen lachen und plaudern und alles ist so voller Schönheit und Lust.

Musik hat Beata erweckt. Ihrer Freundinnen Sicherheit tut ihr wohl und ermutigt auch sie. Schon blickt sie freier umher.

Da sitzen die Menschen so unbeschwert, und alle scheinen so sorgenlos, und allen ist das Leben so leicht. Und auf den Tischen drängen sich Tassen und Gläser und Kuchen gehäuft und süßes Gebäck. Und dort drüben trinkt man auch Wein. Man hebt aus kupfernen Kübeln schlanke Flaschen, dann klingen und klirren die Gläser. Lustige Weiber biegen sich lachend nach hinten über und wippen ein wenig auf ihren Stühlen . . .

„Und da sagt man, es herrsche Not im Land", kann Beata sich nicht enthalten zu sagen.

„Ach ja, das ist für die Dummen", entscheidet Annette. Und Beata hat nichts dagegen zu sagen.

Ja, leben, leben! Dies ist, was Sinn hat auf Erden, nur dies!

„Nun, wie gefällt es Ihnen, Fräulein Beata?"

„O, gut!"

„Sie sind auch ganz aufgetaut. Sie müssen öfters heraus."

„Ja, es ist wahr. — Ich werd es auch tun von jetzt ab."

„Das ist schön. Und Sie kommen immer mit uns!"

„O ja."

„Gehen wir morgen wieder wohin?"

„Morgen? — Das geht wohl nicht."

„Also übermorgen?"

„Ja, übermorgen."

Nach elf Uhr verlassen sie das Cafe.

Dann liegt Beata auf ihrem Lager und fiebert und glüht. Die Decke wird ihr zu heiß und schwer. Sie schiebt sie zur Seite. Sie windet sich glühend und dehnt ihre Glieder. Hoch wölbt sich ihr armer Leib in die Nacht. Ihr Mund ist geöffnet, ihre Hand zuckt bebend nach ihrem brennenden Schoß . . .

*

„Wo wollen wir heute hin? Ins Odeon?"

„Nicht lieber einmal ins Theater?"

„Theater? Was wird denn gegeben? — Ach ja, ich glaub' so ein langweiliges Schauspiel."

„Ich würde ganz gern ein Schauspiel sehen."

„Ach nein! Das ist mir zu fad. Lieber doch ins Odeon. Nicht wahr, Maria?"

„Ich mein es auch."

„Ist es Ihnen recht? — Doch wenn Sie lieber —"

„Nein, nein! Ich meinte nur so. Wohin Sie wollen. Irgendwohin."

Ein Neues hat übermächtig Beata ergriffen, ein Durst erstickt ihre Seele. Das ist eine Angst, wie vor schwarzen Flügeln im Nacken, das ist ein Brand, wie im Sande der Wüste. — Leben! nur Leben! Und es muß ja kommen, es muß. Die Liebe! Das Glück!

Sie sehen im Odeon Akrobaten, die halsbrecherisch schwebende Leitern erklimmen; sie sehen Radfahrer, die auf engem Raume in rasender Fahrt sich jagen; sie sehen Jongleure, die mit Tellern und Gläsern einen Wirbel vollführen; sie sehen Zauberer, Zwerge, dressierte Hunde. Und Spaßmacher reißen gewagte Witze, eine Tänzerin tanzt verführerisch Fleisch, „Künstler" singen laxive Duette. Und wieder diese verlockende, heiße, leichtfertige Musik. —

(Fortsetzung folgt.)

5) Bildung und Förderung großer und leistungsfähiger Kommunaleinheiten und Vereinigung von leistungsunfähigen Zwerggemeinden. Uebertragung aller Orts-, Kreis- und Provinzialgeschäfte zur selbständigen Besorgung an die entsprechenden Verwaltungsbehörden, namentlich der Verwaltungs- und Ordnungspolizei zur Verwaltung in eigener Zuständigkeit, Beschränkung des staatlichen Aufsichtsrechts auf das Recht der Beanstandung ungesetzlicher Verwaltungsakte der Gemeinde. Beseitigung des Bestätigungsrechtes der Aufsichtsbehörden für Organe, die von der Gemeinde gewählt oder von ihrer Vertretung gestellt werden.

II. Für die Gemeindefinanzen:

Der Gemeindebedarf wird gedeckt durch die Zuweisung von Anteilen an den Erträgen der Reichssteuern. Hierbei ist den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen der einzelnen Gemeinden Rechnung zu tragen. Besondere Zuschüsse für alle Auftragsangelegenheiten, insbesondere für Schul- und Gesundheitswesen, Wohlfahrtspflege und Wegebau. Recht zur Erhebung von kommunalen Steuern jeder Art, soweit ihre Einführung nicht ausdrücklich durch Gesetz verboten ist.

III. Für das Schulwesen:

Selbstverwaltung der Schulangelegenheiten durch die Gemeinden im Rahmen der Gesetze.

IV. Für die Wirtschaftsbetriebe:

Schaffung gesetzlicher Bestimmungen, die den Gemeinden in der Frage der Kommunalisierung freie Hand geben.

Zum weiteren Ausbau der Sozialpolitik

fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

Ein einheitliches Arbeitsrecht auf den Grundlagen wirksamer Arbeiterschutzbestimmungen. Einheitliche, durch die Einführung der Arbeitslosen-Familienfürsorge, der Mutterschafts-, Säuglings- und Kleinkinderfürsorge ausgebaute soziale Versicherung.

Einschneidende Schutzbestimmungen, vor allem Verkürzung der achtstündigen Arbeitszeit, Verbot der Nachtarbeit, der Arbeit von Frauen und Jugendlichen in Betrieben von besonderer Gesundheitsschädlichkeit und hoher Unfallgefahr. Aeußerste Beschränkung der Nachtarbeit für erwachsene Männer, Verbot der Nachtarbeit für alle übrigen Beschäftigten.

Verbot jeder Erwerbsarbeit schulpflichtiger Kinder.

Eine wöchentliche ununterbrochene Ruhepause von mindestens 42 Stunden.

Ueberführung der Heimarbeit in geschlossene Betriebe.

Besondere Fürsorge für kinderreiche Familien.

Im besonderen fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands

für die Beamten des Reiches und aller anderen öffentlich-rechtlichen Einrichtungen:

Anerkennung und Ausbau der staatsbürgerlichen und wirtschaftlichen Rechte der Beamten. Regelung der Dienstverhältnisse unter Mitwirkung der Beamtenräte. Anerkennung der Beamtengewerkschaften als wirtschaftliche Interessenvertretung. Revision des Disziplinarverfahrens. Freier Aufstieg der Beamten lediglich auf Grund ihrer Befähigung.

Für den Ausbau und für die Verbesserung der Gesundheitspflege

fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

Uebernahme des gesamten Heil- und Gesundheitswesens in den Gemeindebetrieb unter Beseitigung jeglicher privatkapitalistischer Wirtschaftsform. Ausdehnung des vereinheitlichten Versicherungswesens auf alle Volksangehörigen. Uebernahme und Ausbau der Krankenanstalten, Ambulatorien, Polikliniken und gesundheitlichen Fürsorgeeinrichtungen sowie aller sonstigen der öffentlichen Gesundheitspflege dienenden Einrichtungen in Stadt und Land, Einrichtung von Entbindungsanstalten bis zur völligen Deckung der Bedürfnisse. Eingliederung der Aerzte, Hebammen und des übrigen Heil- und Krankenpflegepersonals in die Gesamtorganisation des Heil- und Gesundheitswesens unter planmäßiger Verteilung auf Stadt und Land bei sorgfältigster Berücksichtigung der Arbeitsteilung und Arbeitsersparnis unter Zuhilfenahme aller technischen Hilfsmittel. Sozialisierung der Apotheken und aller Stätten der Herstellung, des Handels und des Vertriebs von Heilmitteln und Sanitätswaren. Unentgeltliche, würdige und gleichartige Totenbestattung in der Form der Beerdigung oder Einäscherung nach erfolgter Totenschau.

Zum Wohnungswesen

stellt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands die Forderungen auf:

Vergesellschaftung des Wohnungswesens, Beseitigung und Ersetzung ungesunder Wohnungen. Hebung der Wohnungskultur durch Wohnungsaufsicht, Wohnungspflege und Siedlungswesen.

Reichsgesetzliche Regelung der Obdachspflicht.

Sozialisierung des Baugewerbes und der Baustoffindustrien.

Zur Umgestaltung der Rechtspflege

fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

Die Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft bedingt eine neue Rechtsordnung: Ueberwindung der herrschenden privatrechtlichen durch eine soziale Rechtsauffassung, Unterordnung des Vermögensrechts unter das Recht der Person und das Recht der sozialen Gemeinschaft.

Aus diesem Ziele ergibt sich als Aufgabe der Kampf gegen Klassenjustiz und kapitalistisches Recht.

Für die Organisation der Rechtspflege fordern wir: die Mitwirkung gewählter Volksrichter in allen Zweigen der Justiz, Erziehung zu allgemeiner Rechtskenntnis, volkstümliche Gesetzessprache, Zusammensetzung des Richterstandes aus allen Volksklassen, Zulassung der Frauen zu allen Justizämtern, Neuordnung des juristischen Bildungsganges in sozialistischem Geiste, schließlich Uebertragung der gesamten Justiz auf das Reich.

Für das Strafverfahren fordern wir: volles Parteirecht des Angeklagten, Beschränkung der Untersuchungshaft, Ausdehnung der notwendigen Verteidigung, Berufung in allen Strafsachen, erleichterte Wiederaufnahme, Entschädigung aller unschuldig Angeklagten und Verurteilten, Festgenommenen und Verhafteten, erweiterte Zulässigkeit der Privatklage.

Für den Zivilprozeß fordern wir: gleiche Rechtssicherheiten für große und kleine Streitwerte, unentgeltliches Güteverfahren für alle Streitigkeiten, Regelung der Rechtsvertretung ohne Beschränkung auf Anwälte und unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitersekretäre, Verstärkung des richterlichen Einflusses im Verfahren, menschlichere und wirtschaftlichere Zwangsvollstreckung, bessere Sicherstellung des Klagerechts der Armen.

Für das Strafrecht fordern wir: Schutz- und Erziehungs-, nicht Vergeltungsstrafrecht; für Jugendliche Erziehung statt Strafe; Abschaffung der Todesstrafe und der lebenslänglichen Freiheitsstrafe; Geldstrafe nach Steuereinheiten; bei Unvermögen Recht der Abarbeitung statt Freiheitsstrafe; Ausgestaltung der bedingten Verurteilung; Wiedergutmachung neben oder statt der Strafe; Berücksichtigung des Rechtsirrtums; Strafmilderung oder Strafausschließung bei wirtschaftlicher Notlage; Beseitigung der zwingenden Strafmaße; scharfe Umgrenzung aller Tatbestände; erhöhter Schutz der Person, insbesondere auch ihrer Arbeitskraft und ihrer politischen und gewerkschaftlichen Rechte; einheitlicher Ausbau des Wucherstrafrechts; Ausdehnung der Antragsdelikte, reichsgesetzliche Regelung des Strafvollzugs; Beseitigung roher Disziplinarstrafen; Heilung oder Verwahrung gemeingefährlicher Trinker.

Für das Privatrecht fordern wir: ein besonderes Arbeitsgesetzbuch, ein besonderes Miet- und Wohnungsgesetzbuch; Neuordnung des Rechts der Hausangestellten; Einschränkung des freien Vertrages nach sozialem Bedürfnis; Neuregelung des Bodenrechts im Sinne des Obereigentums der Allgemeinheit; Gleichstellung von Mann und Frau im Familienrecht; erleichterte Ehescheidung; Beseitigung der Minderberechtigung des unehelichen Kindes; verstärkte öffentliche Aufsicht über die elterliche Erziehung; Uebernahme der Fürsorgeerziehung auf Staat und Gemeinde; Verbot der körperlichen Züchtigung in Schulen und Erziehungsanstalten; Begrenzung des Erbrechts; Erbrecht des Staates; Beteiligung der Allgemeinheit am Ertrage des Urheberrechts; Schutz auch des abhängigen Erfinders; Neuordnung des Irrenrechts.

Zur Kulturpolitik

fixiert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ihren Standpunkt in nachstehenden grundsätzlichen Festlegungen und Forderungen:

1. Alle Erziehung ist Aufgabe der Gemeinschaft, Familienerziehung anvertraute Gemeinschaftsaufgabe.
2. Jugendhilfe ist zu einem selbständigen öffentlichen Arbeitsgebiet mit eigenen beamteten Organen auszugestalten. Sie beginnt mit dem werdenden Kinde und endet mit dem Eintritt der Volljährigkeit.
3. Die öffentliche Schule ist zur weltlichen Einheitsschule auszugestalten, Umwandlung der Schulen in Lebens- und Arbeitsstätten der Jugend mit weitgehender Selbstverwaltung. Gemeinsame Erziehung beider Geschlechter. Zuziehung des Laienelements, Elternräte.
4. Körperliche Erziehung der Jugend unter Ausschaltung aller militärischen Zwecke.
5. Gesinnungs- und erkenntnismäßige Erziehung zum Frieden.
6. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen, Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lernmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die Kraft ihrer Fähigkeit zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.
7. Ermöglichung des Aufstiegs zur Führerschaft in der Wirtschaft durch Betriebsräteschulen, wirtschaftliche Volkshochschulen, Arbeiterakademien.
8. Popularisierung der Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung, Erschließung der Kunstschätze der Museen und Galerien für die Allgemeinheit. Wanderausstellung in der Provinz, Ausbau der Volksbühnen und der Volkskonzerte. Pflege der Heimatkultur.
9. Religion ist Privatsache. Sache innerer Ueberzeugung, nicht Parteisache, nicht Staatssache, Trennung von Staat und Kirche.

Die Völkerbeziehungen und Internationale

erstrebt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands nach nachstehenden Grundsätzen zu ordnen:

1. Nationale Selbstbestimmung der Völker im Rahmen des für alle gleichmäßig geltenden internationalen Rechts.
2. Ein Völkerbund, der kein die Völkerbundsatzungen anerkennendes Volk ausschließt. In seinem Rat sind Delegierte der Parlamente nach der Stärke der Parteien zu entsenden.
3. Ausbau des Völkerrechts. Schließung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege. Errichtung eines internationalen Schiedsgerichtshofes. Internationalisierung aller Wasserstraßen, welche Meere und von verschiedenen Staaten umschlossene Seen untereinander und mit dem Meere verbinden.
4. Unterstellung aller Kolonien und Schutzgebiete unter die Oberhoheit des Völkerbundes und Durchführung des Grundsatzes der offenen Tür für diese Gebiete.
5. Demokratisierung und Vereinfachung der diplomatischen Vertretungen der Staaten.
6. Entscheidung der Volksvertretungen über den Abschluß aller Verträge mit fremden Staaten unter Ausschluß aller Geheimverträge.
7. Eine von den Grundsätzen des freien internationalen Austausches geleitete Handels- und Verkehrspolitik.
8. Internationale Abrüstung unter Garantie des Völkerbundes mit dem Ziele der Herabsetzung der Wehrmacht auf das Maß, das die innere Sicherheit der Staaten erfordert. Körperliche Ausbildung der Jugend unter Ausschaltung aller militärischen Zwecke.
9. Internationaler Zusammenschluß der Arbeiterklasse auf demokratischer Grundlage als beste Bürgschaft des Friedens und der Verwirklichung eines internationalen Völkerrechts.

Einigung mit den Reichsbeamten und Arbeitern.

Berlin, 26. August. (Amtlich.) Die unter Vorsitz des Reichskanzlers geführten Verhandlungen der Reichsregierung mit den Vertretern der Spitzenorganisationen der Beamten, Angestellten und Arbeiter, haben gestern in den späten Abendstunden zu einer Einigung geführt. Das Reichskabinett wird mit größter Beschleunigung zu dieser Vereinbarung Stellung nehmen. Mit ihrer Annahme darf heute gerechnet werden. Nach Verabredung mit den Führern der Reichstagsfraktionen sollen die erhöhten Bezüge alsbald nach Zustimmung des Reichsrats angewiesen werden. Die Zustimmung des Reichstags wird nachträglich eingeholt werden. Die Bedingungen lauten wie folgt:

1. Der Teuerungszuschlag zum Grundgehalt und Ortszuschlag für die planmäßigen Reichsbeamten wird für die Orte der Ortsklasse A auf 93 Prozent, B auf 91 Prozent, C auf 89 Prozent, D auf 87 Prozent und E auf 85 Prozent festgesetzt. Diese Erhöhung entspricht einer Aufbesserung der Gesamtbezüge um 13½ bis 20 % in den Ortsklassen A—E.
2. Die männlichen außerplanmäßigen Reichsbeamten erhalten zu ihrem bisherigen Diensteinkommen nebst Teuerungszuschlag einen weiteren Teuerungszuschlag in der Höhe, daß ihr Diensteinkommen nebst Teuerungszuschlag das Diensteinkommen nebst Teuerungszuschlag aller planmäßigen Beamten der ersten Besoldungsstufe ihrer Eingangsgruppe erreicht.
3. Die weiblichen außerplanmäßigen Reichsbeamten erhalten zu ihrem bisherigen Diensteinkommen nebst Teuerungszulage einen weiteren Teuerungszuschlag.
4. Die Teuerungszuschläge zu den Kinderzuschlägen werden in den Orten der Ortsklasse A auf 200 %, B und C auf 175 Prozent, D und E auf 150 Prozent festgesetzt.
5. Die vorgenannten Teuerungszuschläge werden ab 1. August 1921 gewährt.
6. Die Unterhaltszuschüsse im Vorbereitungsdienst werden erhöht.
7. Eine Einbehaltung der vorstehend bewilligten Erhöhungen zur Abdeckung noch nicht getilgter, z. Zt. gewährter Vorschüsse, wird nicht stattfinden.
8. Für Angestellte finden die Ziffern 1, 4, 5 und 7 sinngemäße Anwendung.
9. Die bisherigen Teuerungszuschläge für männliche Arbeiter über 21 Jahre werden ab 1. August pro Stunde um 1 Mark erhöht werden.
10. Für Pensionäre und Hinterbliebene werden die aus der Erhöhung der Teuerungszuschläge sich ergebenden Folgerungen gezogen.

Aus der Provinz Schlesien.

Die „Schlesische Tagespost" und der Kreis Trebnitz.

Die Liebe, die bisher der Kreis Trebnitz, oder besser gesagt die Arbeiterschaft des Kreises Trebnitz von der rechtsstehenden Seite erfahren hat, läßt nicht nach, im Gegenteil, das „Leibblatt" derjenigen rechtsstehenden Kreise, bei denen Verstand sehr schwer nachweisbar ist, die „Schlesische Tagespost" hat auch jetzt nichts geringeres zu tun, als sich tagtäglich an einigen Trebnitzer Arbeiterführern zu reiben.

Die Herren Deutschnationalen im Kreise Trebnitz glauben ja nunmehr sich fast am Ziel ihrer Wünsche. Der verhaßte Landrat Menzel ist als Regierungsrat nach dem Norden versetzt, ein anderer neuer Mann ist an seine Stelle getreten. Zwei Vertreter der Arbeiterschaft sitzen im Oelser Untersuchungsgefängnis als „Rädelsführer in Landfriedensbruch". Zwar weiß man noch nicht, ob sich beim „Landfriedensbruchprozeß" verschiedene „ordnungsliebende Elemente" nicht schwer blamieren werden. Aber so weit denken unsere Patrioten hier nicht, die Hauptsache, daß man ihnen einige der verhaßten Arbeiterführer vom Halse geschafft hat. Einer läuft ihnen aber noch im Wege herum, der natürlich nach ihrer Meinung schon lange hinter Schloß und Riegel gehört, nämlich der sozialistische Ratsherr Thiel. Alle Denunziationen gegen Thiel, sowie die tollsten Gerüchte haben ihm nichts geschadet, und zum allergrößten Aerger sind in der letzten Zeit einige neue Arbeiterfunktionäre im Trebnitzer Kreise aufgetaucht, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, verschiedenen Herrschaften ein kleines Licht aufzustecken und es wird noch ziemlich lange dauern, ehe „die letzte Säule, die von verschwundener Pracht zeugt, über Nacht stürzen wird."

Vielleicht stürzen aber in der Zwischenzeit verschiedene rechtsstehende Säulen. Es soll ja ein Sprichwort geben „wer im Glashause sitzt, soll nicht mit Steinen werfen."

Der „Schlesischen Tagespost" dürfen wir aber das eine empfehlen, sich nicht unnötig in geistige Unkosten zu stürzen und ihr bißchen Gehirnschmalz zu anderen wichtigen Dingen, als zum Prophezeien aufzubewahren. Die Trebnitzer Arbeiterschaft weiß selber, was ihr nottut und denkt nicht daran, trotz des sehr zu verstehenden Unwillens der „Schlesischen Tagespost" sich ihre Aktionsfähigkeit von ausrangierten Leutnants, Oberleutnants und Rittmeistern im Kreise Trebnitz vorschreiben zu lassen. Die Ruhe im Kreise Trebnitz, an deren Aufrechterhaltung jene Herrschaften bestimmt keinen Anteil haben, wäre schon lange vorbei, wenn die hiesigen Arbeiterführer aus demselben Holz geschnitzt wären, wie einige rechtsstehende „Politiker". Wenn aber die „Schlesische Tagespost schadenfroh von einem „Sturm auf Hedwigsbad" fabuliert und verständlicherweise großzügige Hoffnungen daran knüpft, so möchten wir den Herren einmal die Frage vorlegen: Als am Kapp-Putsch der weitaus größte Teil der heut deutschnationalen und deutschvolksparteilichen Führer im Kreise Trebnitz aktiv und hochverräterisch sich beteiligte, hat da der Herr Untersuchungsrichter auch so schnell eingegriffen? Die Herren von Kessel, Reibnitz, von Wolkowski-Biedau und noch so verschiedene andere, die die Zeit nach dem Kapp-Putsch zu einer Erholungsreise nach dem Harz benutzten (oder wie der Volksmund sagte, „über den Harz waren") haben allerdings fürsorglichere Untersuchungsrichter und Staatsanwälte gefunden, als die Trebnitzer Arbeiterführer.

Ueber den Ausgang des Landfriedensbruchprozesses haben noch einige andere mitzureden, verehrte „Schlesische Tagespost", tun Sie sich aber bei ihrer voreiligen Freude etwas mehr Gewalt an. Sie könnten sonst leicht an das Wort erinnert werden: „erstens kommt es anders, und zweitens als man denkt

Vom Arbeitersängerbund.

Aus Trebnitz wird uns geschrieben:

Unter Leitung des Genossen Blaubel-Trebnitz, fanden sich die Mitglieder des hiesigen Arbeiter-Gesang-Vereins im Beisein einer Abordnung des Arbeiter-Gesang-Vereins Oels zusammen, um über den Anschluß der Trebnitzer Sänger an den Bezirk Oels des Arbeiter-Sänger-Bundes zu beraten. Nach einleitenden, begrüßenden Worten des Vorsitzenden, führte Genosse Korsitzki-Oels den Anwesenden die Notwendigkeit eines engeren Zusammenschlusses der Arbeiter-Sänger vor Augen. Von allen Rednern wurde die Notwendigkeit eines besseren Zusammenarbeitens anerkannt und ergab die darauf folgende Abstimmung einstimmige Annahme des Antrages, den Anschluß an den Bezirk Oels zu vollziehen.

Damit hat die Bezirksleitung Oels des Arbeiter-Sänger-Bundes eine Werbearbeit erfolgreich beendet. Auch diese Tätigkeit liegt im Interesse der Arbeiterbewegung.

Steinau a. O. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich in Köben hiesigen Kreises. Bei einem Neubau auf dem Grundstück des Hotelbesitzers Klinkert stürzte ein schachtähnlicher Anbau ein, wobei mehrere Maurer verschüttet wurden. Maurerpolier Sellenberg aus Radschütz wurde sofort getötet, Maurer Walter-Köben und Maurer Reblich-Gurkau wurden lebensgefährlich verletzt.

Rybnik. Erschossen. Am 22. d. Mts. wurden von der Golkowitzer Miliz die beiden Einbrecher aus unserem Dorfe, Kostka und Firutth, welche nach der Festnahme flüchten wollten, erschossen. Unser Ort wird wohl nach Beseitigung dieser beiden Banditen, welche eine ganze Reihe von Einbrüchen auf dem Kerbholz hatten, erleichtert aufatmen.

Die Valuta.

Es wurden bezahlt für 100 deutsche Reichsmark:

	25. 8.	24. 8.		25. 8.	24. 8.
amerikan. Dollar	1,19	1,18	Schweiz. Franken		6,90
englische Schilling	6,47	6,41	österr. Kronen . .	1022,49	1041,66
französ. Franken		15,11	polnische Mark .	—,—	—,—
holländ. Gulden	3,83	3,78	tschechosl. Kronen	98,60	98,57

Wasserstand

vom 26. August 1921.

Ratibor	0,78	Neisse (Unter-Pegel)	1,12
Krappitz	2,06	Breslau (Ober-Pegel)	4,26
Cosel	0,65	(Unter-Pegel)	— 3,28
Brieg (Mastenkran)	1,31	Treschen	0,76
Koltwitz	1,08	Pöpelwitz	— 0,36
Neisse (Ober-Pegel)	5,80		

Wasserwärme: 20°.

DUNLOP
Gummibereifung
Die Weltmarke bürgt für Qualität!

Breslauer Herbstmesse

4.–8. September · 1500 Aussteller

Die Messe verschafft Ihnen mit den geringsten Kosten den schnellsten Überblick über die neuesten Erzeugnisse, über die Lage des Marktes und die Gestaltung der Preise

Papier · Bürobedarf · Verpackungsmittel, Riechstoffe, Drogen, Hautpflege, Chir. Gummiwaren. Lebens- u. Genußmittel · Getränke · Tabakwaren

Webwaren · Bekleidung · Schuhe · Pelze · Galanterie, Schmuck, Gold, Silber, Kunstgewerbe, Spielwaren, Hausrat, Glas, Porzellan, Möbel, Lederwaren.

STADT-THEATER:
4. nachm.: Der Waffenschmied
" abend: Eine Nacht in Venedig
5. Tannhäuser
6. Orpheus i. d. Unterwelt
7. Rigoletto
8. Die Meistersinger v. Nürnberg

Lobe-Theater: Nibelungen
Schauspielh. Hollandweibchen und „Die Tanzgräfin."
Thalia-Th. Bummelstudent.

Große Modenschau 5. 6. u. 7. Septbr. Großer Konzerthaussaal
Neueste Modelle erster Firmen
Deutsche Lichtbildgesellsch. Industrie-Film

Jeder
Gewerbetreibende, Handwerker, Gastwirt, Kaufmann, Industrielle fährt zur
Breslauer Messe

Messe-Ausweis zum beliebig häufigen Besuch aller Messehäuser giltig an allen Tagen **15 Mark.**
Verkaufsstellen: Barasch, Verkehrs-Verein, Nordd. Lloyd, Packetfahrt
Wohnungs-Nachweis durch den Verkehrs-Verein, **Am Hauptbahnhof**
Breslauer Messe-Gesellschaft
Ohlauerstr. 87 · Fernspr. Ring 2738 u. 8202 · Telegr.-Adr.: Messe Breslau

6245

Familiennachrichten

Durch Unglücksfall beim Baden in der Oder wurde am Sonntag, den 21. August, unser Kollege

Karl Hoffmann

im Alter von 34 Jahren jäh aus unseren Reihen gerissen.

Trauernd stehen wir an der Bahre eines strebsamen Kollegen, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden und dessen plötzlicher Tod uns gemahnt, Kleinliches und Trennendes hintanzusetzen und das Gefühl der Zusammengehörigkeit weiter zu pflegen.

Breslau, den 26. August 1921.

Das Personal der Buchdruckerei Th. Schatzky G. m. b. H.

Beerdigung: Sonnabend, nachmittags 5 Uhr, von der neuen Halle in Gräbschen. 6271

Ein Opfer der Fluten wurde infolge Unglücksfalles unser lieber Freund und Kollege 6274

Karl Hoffmann.

Lange Zeit waren wir beruflich und in Freundschaft mit ihm verbunden und werden seiner stets in Ehren gedenken.

Breslau, den 26. August 1921.

Seine Kollegen der Druckerei „Volkswacht".

Heute verschied nach langem, schweren Leiden mein lieber, treusorgender Gatte und Vater, der **Eisenhobler**

Richard Luhn

im blühenden Alter von 27 Jahren.

Breslau, den 25. August 1921. 6272

Die trauernden Hinterbliebenen:
Frau **Selma Luhn**, geb. Sauermann,
Schwiegereltern und Geschwister.

Beerdigung: Montag, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Paulus-Friedhofes in Cosel.

Am 25. August, vormittags, verschied nach langem, schweren Leiden unser Parteigenosse

Richard Luhn

im Alter von 27 Jahren.

Die Genossen und Genossinnen des Distrikts 's des Sozialdemokratischen Vereins Breslau.

Beerdigung: Montag, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des evang. Friedhofes in Cosel (Paulusgemeinde). 6273

Am 24. August, früh 7 Uhr, verstarb unser Freund und Verbandskollege, der **Schlosser**

Hermann Leuschner

im Alter von 49 Jahren. 6270

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Ortsverwaltung Breslau.

Beerdigung: Sonnabend, den 27. August, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes in Cosel.

Die Volksschule als Einheitsschule
Von Dr. Max Apel. — 1.25 Mk. — 20% Zuschlag
Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes sowie von sämtlichen Schriftenverkaufsstellen entgegengenommen.

Am 24. August verstarb nach kurzer Krankheit die Ehefrau unseres Mitgliedes **Hermann Günther,**

Auguste Günther
geb. **Schädel** 6269

im Alter von 58 Jahren.

Ein dauerndes Andenken werden ihr bewahren

Die Mitglieder der Begräbnis-Zuschußkasse „Archimedes".

Beerdigung: Sonnabend, den 27. August, nachm. 3½ Uhr, vom Trauerhause in Groß-Mochbern.

U·S·MAIL S·S·Co

Regelmäßige Abfahrten
BREMEN NEWYORK
Vorzügliche Reisegelegenheit
mit den größten zwischen Deutschland und Amerika verkehrenden erstklassigen und schnellen Doppelschrauben-Salondampfern „George Washington", „America" u. a.
ab deutschem Hafen
+
Auskunft und Fahrscheine durch
GENERALVERTRETUNG
NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN
und seine Vertretungen
in **Breslau: Norddeutscher Lloyd**
Generalagentur:
Neue Schweidnitzerstr. 6 (Hansa-Haus).

6250

Wir verkaufen:

1 Rasierschale	M. 1.—	1 Hutbürste	M. 3.50
3 Scheuerbürsten	1.—	1 Möbelpinsel	3.50
1 [illegible]	1.50	1 [illegible]	3.50
3 Dosen Schuhcreme	2.—	1 Küchenhandfeger	3.50
1 Schuhglanzbürste	3.—	1 Küchenbesen	4.50
1 Kopfbürste	3.—	1 Möbelbürste	4.50
1 Aufwischbesen	3.—	1 Teppichfeger	4.50
1 Lederschwamm	3.—	1 Roßhaarbesen	16.—
1 Paket Stahlspäne	3.—	1 Roßhaarhandfeger	8.—
1 Rasierpinsel	3.—	1 Rohrklopfer	9.—

3 Scheuertücher zusammen M. 5.—

Kämme, Schwämme, Fensterleder, Fußmatten, Pinsel, Küchenbürsten usw. billigst. 6096

London & Co., Oderstr. 5 2. Viertel vom Ring.

Flatow: **Kommentar zum Betriebsrätegesetz**
nebst Wahlordnung und den Ausführungsbestimmungen

Neu: • Betriebsbilanzgesetz. Musterarbeitsordnung. • Entscheidungen d. Reichsarbeitsministeriums.

Preis: Gebunden **15.00** Mk.

Zu beziehen durch die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Das
Programm
der Sozialdemokratie

Vorschläge für seine Erneuerung

kartoniert nur Mark **7.50**

Buchhandlung „Volkswacht"
— modernes Antiquariat —
Breslau 3 :: Neue Graupenstraße 5.

Zurückgekehrt
Dr. Landsberger
Spezialarzt für Lungenkranke
Höfchenstr. 27a. 6253

Leeres Zimmer 13014
sucht geb. Putzmacherin sofort. Offerten unter **M. 14** an die „Volkswacht", Hummerei 54.

Mutter und Kind
von **Georg Sticker**
Wie man heikle Gegenstände mit Kindern behandeln kann.
Gebunden 1.50 Mark.
Buchhdlg. Volkswacht,
modernes Antiquariat,
Bresl. 3, Neue Graupenstr. 5

Zu kaufen gesucht.

Kaufe bis 27. jeden Posten Kanarien, u. einz., zahle hohe Preise. **Bahrwagner,** 13694 Ohlauerstraße 79, III.

Säcke 4082
auch zerrissene, kauft
Rzegotta & Co.
Säcke-Reparatur-Anstalt
Werderstraße 28/32.

Kinderwagen aller Art, auch defekt, Puppenwagen und gebr. Planen kauft **Wolfe,** Leipzigerstr. 11. 6246

Bekanntmachung!
Ich kaufe laufend 6254
Herrengarderobe wie:
Getragene Jackettanzüge, Brautanzüge, einzelne Jacketts etc., Militärsachen u. Schuhe, Stiefel.
Max Hadamek
Brandenburger Str. 9, III.
Mein Geschäftslokal ist ununterbrochen bis abends 7 Uhr geöffnet.
Bei evtl. Bestellungen ins Haus bitte ich höfl. wegen des starken Zuspruches eine bestimmte Zeit mögl. nicht vorzuschreiben.

Wir kaufen alte und zerbrochene 6261
Odeon- und Grammophon-Platten
sowie auch and. Fabrikate.
Odeon-Musik-Haus,
Albrechtstraße 7.

Zum Verkauf

Gut erh. Kinderw., Pr. 150 Mk. verk. **Hermann,** Leuthenst. 68, I. r. 6268

Arbeits-Hosen
Hamburger Latzhosen 6097
O. Dehmel, Neumarkt 45.

---

5 gute, neue Anzüge und 2 Ulster
mittlere Figur, spottbill. zu verkaufen. Besichtig. Sonnabend nachm. 3—7.
J. Lenga, Spitzbergstr. 11 II.

Breslauer Häckselwerk
Inh.: **Kubis & Kern**
hat laufend abzugeben
Siede und Stroh
Breslau-Gräbschen, Fröbelstraße.
Telefon: Magistrat 43.

Arbeitsmarkt

Wir suchen für 6. September für mehrere Wochen
4 selbständige
Mühlenbau-Monteure
für Aufstellung von Maschinen und Legen von Transmissionen. Persönliche Meldungen bei unserer Betriebsleitung in **Schottwitz.** 6235
Schlesische Mühlenwerke Aktiengesellschaft.

Zum Besuch der Tischler-, Sattler- und Schlosserkundschaft in Oberschlesien wird ein durchaus gewandter, branchekundiger

Reisender

per 1. Oktober oder früher **gesucht.** Offerten mit Zeugnisabschriften erbeten an 6247
R. Schwarz, Beuthen O. S., Eisenwaren-Großhandlung.

Tüchtige Kürschnergehilfen
auf Damenhüte und Herrenmützen eingerichtet, per sofort gesucht. 6241
Gebrüder Breslauer,
Pelzwarenfabrik, Gräbschener Straße 5.

Zur Stammkolonne werden **Maurer** sofort gesucht.
Vereinigte Bauunternehmung Breslau
Neue Schweidnitzer Straße 6. 6259

Damen- u. Herren-Wäsche- 6266
Zuschneiderinnen
auch aus der Engros-Branche für sofort oder später gesucht.
Leinenhaus Bielschowsky
Nikolaistraße 74.

Für meine Maßabteilung
suche ich sofort tüchtige 6248
Schneider auf Großstücke
S. Guttentag, Breslau I, Wallstr. 5 I., II., III.

Perfekte
Pelznäherin
(Musfertigen)
sucht **R. Bormann,**
6255 Brüderstr. 37.

Bitte bei allen Einkäufen stets die Inserenten unserer Zeitung zu berücksichtigen.

Verantwortlicher Redakteur: ... — Hauptgeschäftsstelle: Flurstraße 4. — Druck und Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., sämtlich in Breslau.
... 1 Beilage.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 26. August.

Sozialdemokratischer Verein.

Heute, abends 7½ Uhr:

Erweiterter Parteivorstand

im Gewerkschaftshaus, Zimmer 8, 1. Etage.

* * *

Arbeiter-Jugend. Heim 6. Freitag, den 26. August, ½8 Uhr, Mitgliederversammlung. Jeder muß erscheinen.

* * *

Achtung, Arbeiterjugend! Freitag, den 26. August, haben sämtliche Heimobleute in der Zeit von 4—7 Uhr nachmittags wichtiges Material im Zimmer 38 des Gewerkschaftshauses abzuholen. Erscheinen dringend notwendig.

* * *

Abteilung Sandtor. Sonnabend, den 27. August, abends 8 Uhr, wichtige Funktionärversammlung im Lokal von Freyer, Michaelisstraße 3. Erscheinen dringend erforderlich.

Zum Streik bei den Linke-Hofmann Werken

erhalten wir nachstehen[illegible] Bericht:

Die Hilfsarbeiter [illegible] der Metallindustrie gehörten in der Vorkriegszeit zu den schlechtbezahltesten Arbeitern. Die Lebenshaltung der Arbeiter war infolgedessen außerordentlich trostlos. Die ungeheure Gleichgültigkeit aber gerade in den Kreisen der Hilfsarbeiter dem Organisationsgedanken gegenüber konnte es nie zuwege bringen, daß eine Verbesserung herbeigeführt wurde, im Gegenteil, gerade bei den Linke-Hofmann-Werken war ein ganz bedeutender Teil der Hilfsarbeiter in den gelben Werkvereinen organisiert.

Der Krieg mit allen seinen Erscheinungen hat an den Verhältnissen nichts gebessert, im Gegenteil, die wirtschaftlichen Verhältnisse im einzelnen Haushalt sind immer ungünstigere geworden und die Folge davon war, daß besonders die Hilfsarbeiter nach dem Kriege mit aller Macht darnach drängten, dieser trostlosen Lage zu entrinnen und für sich einen höheren Verdienst zu beanspruchen.

Der Lohntarif selbst, der abgeschlossen ist, weist zwischen den Löhnen der Hilfsarbeiter und denen der gelernten Arbeiter eine geringe Spannung auf, wobei allerdings bemerkt werden muß, daß der größte Teil der gelernten und angelernten Arbeiter im Akkord beschäftigt ist, wobei ein höherer Verdienst erzielt wird. Hier einen Ausgleich herbeizuführen, war das Bestreben der Hilfsarbeiter. Das Ergebnis längerer Verhandlungen zwischen Betriebsrat und Betriebsleitung war dann das, daß neben den durch das Lohnamt errechneten Zulagen, die sich in folgender Höhe belaufen:

ledige Arbeiter von 18—21 Jahren	50 ₰	pro Stunde
ledige Arbeiter über 21 Jahre	60 „	„ „
verheiratete Arbeiter ohne Kinder	60 „	„ „
verheiratete Arbeiter mit 1—2 Kindern	75 „	„ „
verheiratete Arbeiter mit mehr als 2 Kindern	85 „	„ „
ledige männliche Arbeiter 16—18 Jahre und weibliche Arbeiter über 18 Jahre	40 „	„ „
ledige männliche Arbeiter von 14—16 Jahren und weibliche Arbeiter bis zu 18 Jahren	30 „	„ „
weibliche Arbeiter mit eigenem Hausstand, 18 bis 21 Jahre	45 „	„ „
weibliche Arbeiter mit eigenem Hausstand über 21 Jahre	50 „	„ „
Lehrlinge	30 „	„ „

die Linke-Hofmann Werke bereit sind, auch die Hilfsarbeiter zum Teil im Akkord zu beschäftigen. Der dadurch erzielte Mehrverdienst soll dann gleichmäßig an alle Hilfsarbeiter verteilt werden. Die Höhe des so zu erzielenden Verdienstes wird zunächst auf 20 Mark pro Woche festgesetzt, was eine weitere Zulage von rund 40 Pfg. pro Stunde bedeutet, also beispielsweise für einen über 21 Jahre alten ledigen Arbeiter 1 Mark pro Stunde, für einen verheirateten ohne Kinder 1 Mark, für einen verheirateten mit 1—2 Kindern 1,15 Mark, für einen verheirateten mit mehr als 2 Kindern 1,25 Mark ausmacht.

Bevor den Hilfsarbeitern von diesem Ergebnis von den Organisationsvertretern Bericht erstattet werden konnte, haben diese die Arbeit niedergelegt. Die in Frage kommenden Organisationen stehen mit dem Betriebe der Linke-Hofmann Werke im Vertragsverhältnis und können infolgedessen, weil Tarifbruch vorliegt, die Arbeitseinstellung nicht unterstützen. Die Arbeitsniederlegung selbst hatte nun zur Folge, daß der Betrieb nicht mehr aufrecht erhalten werden konnte, sodaß die übrige Arbeiterschaft gezwungen ist, auszusetzen.

Der Betriebsrat der Firma hat nunmehr den Schlichtungsausschuß Breslau-Stadt angerufen. Der Schlichtungsausschuß ist zu dem bereits gestern in der „Volkswacht" mitgeteilten Ergebnis gekommen.

In der am 25. d. Mts., nachmittags 2 Uhr, im Gewerkschaftshaus stattgefundenen Versammlung der Ausständigen wollte der Betriebsrat über das Ergebnis der Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß Bericht erstatten und sollte dann eine geheime Abstimmung stattfinden. Die Ausständigen lehnten aber eine Berichterstattung des Betriebsrates ab und wurde nach zweistündigen wüsten und sinnlosen Schimpfereien die Versammlung geschlossen.

Wie uns weiter mitgeteilt worden ist, ist der Schlichtungsausschuß erneut angerufen worden, um den Schiedsspruch in dieser Angelegenheit zu fällen. Die Verhandlungen sollen am Freitag stattfinden. Ueber das Ergebnis der Verhandlung wird am Sonnabend Vormittag für die Metallarbeiter im Gewerkschaftshaus, für die Transportarbeiter in den Zentralhallsälen, Weidenstraße, für alle übrigen Organisierten bei Bräuer, in Pöpelwitz, Bericht erstattet. Zutritt haben nur Mitglieder der Organisation, soweit dieselben sich im Ausstand befinden. Die ausgesperrten Kollegen sollen den Versammlungen fernbleiben.

Die Polizeistunde.

Der preußische Minister des Innern Dominicus hat zur Neuregelung der Polizeistunde folgenden Erlaß an die Regierungspräsidenten gerichtet:

„Der Reichsminister des Innern hat den § 5 der Bekanntmachung, betreffend die Ersparnis von Brennstoffen und Beleuchtungsmitteln vom 11. Dezember 1916 — RGBl. S. 1355 —, mit Ablauf des 31. August d. Js. außer Kraft gesetzt. Ich ersuche nunmehr, nachdem damit die Wirtschaftsschlußstunde in Fortfall gekommen ist, die in der Folge allein maßgebende Polizeistunde entsprechend dem eingangs erwähnten Erlaß neu festzusetzen und hierbei nach folgenden Grundsätzen zu verfahren:

1. Vergnügungsparks, sogenannte Rummelplätze, sind mit Einbruch der Dunkelheit zu schließen. Es bleibt den Ortspolizeibehörden jedoch überlassen, eine Verlängerung bis 10½ Uhr eintreten zu lassen.

2. Für Theatervorstellungen und alle Darbietungen, welche bei gewerbsmäßiger Veranstaltung einer Erlaubnis aus § 33a der Reichsgewerbeordnung bedürfen, sowie für alle Lichtspielvorführungen ist die Polizeistunde spätestens auf 11½ Uhr festzusetzen.

3. Cafés, Gast-, Speise- und Schankwirtschaften sind spätestens um 12 Uhr, Sonnabends um 1 Uhr zu schließen. Die Ortspolizeibehörden in größeren Städten und Badeorten sind berechtigt, bei nachgewiesenem dringendem Bedürfnis die Polizeistunde auch für die übrigen Tage bis ein Uhr auszudehnen.

In diesem Rahmen sind gleichartige Betriebe grundsätzlich einheitlich zu behandeln. Erweist sich jedoch der Unternehmer oder der Wirt eines der in den Ziffern 2 und 3 bezeichneten Betriebe in der Ausübung seines Gewerbes als unzuverlässig, oder ergeben sich aus seiner Geschäftsführung Unzuträglichkeiten für die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung, so kann die Polizeistunde für seinen Betrieb durch Verfügung der Ortspolizeibehörde bis auf 10 Uhr abends herabgesetzt werden. In besonders gearteten Einzelfällen, die einer besonderen Regelung dringend bedürfen, z. B. für Wohltätigkeitsveranstaltungen, können Ausnahmen in keinem Falle aber über 2 Uhr hinaus, gestattet werden. Als Wohltätigkeitsveranstaltungen in diesem Sinne sind nur diejenigen anzusehen, zu denen gemäß der Bekanntmachung über Wohlfahrtspflege während des Krieges vom 15. Februar 1917 (RGBl. S. 143) die Erlaubnis eingeholt ist.

Der durch diesen Erlaß gezogene Rahmen darf unter keinen Umständen überschritten werden. Ueberhaupt ist dafür Sorge zu tragen, daß die neuen Bestimmungen nur dem berechtigten Bedürfnis der Allgemeinheit entsprechen, nicht jedoch der Vergnügungs- und Verschwendungssucht gewisser Kreise Vorschub leisten. Es bedarf kaum einer Betonung, daß der Ernst der Zeit zur äußersten Zurückhaltung auf dem hier zur Erörterung stehenden Gebiet zwingt.

Ich ersuche, die Durchführung der Neuregelung so zu beschleunigen, daß sie mit dem 1. September 1921 in Kraft tritt."

Abbau der Fleischpreise?

Aus dem Fleischergewerbe gehen uns folgende beachtenswerte Ausführungen zu:

Auf ausdrücklichen Wunsch des Herrn Oberpräsidenten trat am 24. August der Unterausschuß für den Vieh- und Fleischverkehr in der Landwirtschaftskammer zusammen. Unter anderem wurde recht ausführlich die Frage der Schlußscheine erörtert. Vertreter der Viehhändler und Fleischer verlangten deren Abschaffung, da sie den Viehhandel behinderten. Die Regierungsvertreter dagegen erklärten, daß die Schlußscheine in der jetzigen Zeit eine Notwendigkeit wären, um Preistreibereien zu verhindern.

Die Frage der Vieh- und Fleischpreise wurde von Herrn Oberregierungsrat Schröter behandelt. Trotzdem die Viehpreise erheblich gefallen sind, kann man von einem Preisabbau beim Fleisch nichts merken. Die Fleischerinnung ist dem Ersuchen, eine Preiskalkulation einzureichen, nicht nachgekommen. Es müßten unbedingt energische Maßnahmen ergriffen werden, daß die Bevölkerung wenigstens ein wichtiges Nahrungsmittel zu angemessenen Preisen erhält und beim Fleisch besteht diese Möglichkeit. Die Vertreter der Verbraucher und auch ein Vertreter der Landwirte sprachen sich im selben Sinne aus. Der Vertreter der Fleischerinnung nahm natürlich die Fleischermeister in Schutz und führte die hohen Fleischpreise auf die gesteigerten Unkosten der Fleischereibetriebe zurück. Nachdem darauf Oberregierungsrat Schröter die Bedeutungslosigkeit dieser Argumente klargelegt und nochmals die Wichtigkeit und Dringlichkeit dieser Angelegenheit ins Feld führte, wurde beschlossen, Probeschlachtungen vorzunehmen und danach Kalkulationen aufzustellen, um dann angemessene Richtpreise festzulegen.

Es ist außerordentlich zu begrüßen, daß man von Regierungsstellen den Fleischpreisen nun besondere Aufmerksamkeit widmet und energisch eingreifen will. Ohne Zweifel steht fest, daß der Senkung der Viehpreise eine Fleischpreissenkung folgen muß. Da diesmal scheinbar die „Konkurrenz", die ja die Preise herunter drücken soll, versagt, wird der sanfte Druck von „Oben" recht angebracht sein, wenn der Druck von „Unten" (Volkserregung) abgewendet werden soll. Leider wird diese Arbeit nur Stückarbeit sein. Um ganze Arbeit zu leisten, wäre es angebracht, auch den Viehpreisen ganz besondere Aufmerksamkeit zu widmen, da sitzt sicher ein Grundübel. Es steht doch fest, daß die Breslauer Marktnotierungen mit die höchsten Preise aufweisen. Dabei ist Schlesien eine viehreiche Gegend; ebenso reich aber auch an reichen Viehhändlern und reichen Landwirten. Aus Bayern z. B. weiß man, daß der Bund der bayerischen Viehhändler aus dem Geschäftsjahr 1920 an seine Mitglieder 1275 Prozent Dividende zahlen konnte. Bei einem Geschäftsanteil von 462 200 Mark wurde ein Gewinn von 8 175 416 Mark erzielt. Wäre es da nicht angebracht, auch die Verdienste der schlesischen Viehhändler einmal etwas unter die Lupe zu nehmen? Und dann aber auch mal die „notleidende" Landwirtschaft ganz energisch zu veranlassen, ihre Karten aufzudecken und die so hohen Viehpreise zu rechtfertigen, oder auf ein angemessenes Maß zu beschränken. Die jetzige Senkung der Preise ist lediglich auf Futtermangel zurückzuführen und ist lange nicht genügend, um besonders auf die Fleischpreise einzuwirken. Um der Masse der Bevölkerung wieder den Fleischkonsum zugänglich zu machen, ist eine Preissenkung von 50 Prozent angebracht. Dazu gehört aber ganze Arbeit. Die arbeitende Bevölkerung muß sich die wichtigsten Nahrungsmittel kaufen können, um Kraft zu haben, Deutschland aufzubauen und die Wiedergutmachungsverpflichtungen zu erfüllen. Wenn das ein Teil des Volkes aus Eigennutz nicht zulassen will, dann soll auch hier die Regierung energisch durchgreifen. Wenn die Regierung den Willen dazu hat, in Herrn Oberregierungsrat Schröter hätte sie sicher den Mann dazu.

Die Stärke der Kommunistischen Partei.

Nach den großspurigen Redereien der Kommunisten müßte man annehmen, daß hinter ihrer Partei ein Millionenheer von Mitgliedern steht. Durch die Dummheit eines kommunistischen Provinzblattes das die vertrauliche Mitteilung der Zentrale über die wirkliche Mitgliederzahl versehentlich veröffentlichte, Partei nur ein kleines Häuflein zahlende Mitglieder hat. Diese Partiei nur ein kleines Häuflein zahlende Mitglieder hat. Diese vertrauliche Mitteilung war für die Bezirke als Maßstab zur Entsendung der Delegierten zum Jenaer Parteitag bestimmt. Aus dieser Mitteilung erfahren wir nun, daß die „revolutionäre Massenpartei" insgesamt über nur 161 146 Mitglieder verfügt. Die bisherige Angabe von einer halben Million Mitglieder war mithin glatter Schwindel. Um nur ein paar Zahlen aus dieser Mitgliederaufstellung herauszugreifen, sei erwähnt, daß das kommunistische Eldorado Rheinland-Westfalen angeblich 53 000 Mitglieder zählen sollte, bezahlt haben aber nur 7786; und der rote Halle-Merseburger Bezirk, der 66 000 Mitglieder umfassen sollte, weiß auch nur 25 251 zahlende Mitglieder aufzuweisen.

Entweder hat die Kommunistische Partei bisher die Mitglieder die gelegentlich zu ihr gestoßen sind, aber keine Beiträge zahlten, als Mitglieder gezählt, oder über 300 000 Mitglieder sind ihnen davongelaufen. Mit solchen Mitgliedern kann keine Partei Staat machen; denn wer keine Opfer auf sich nehmen will, ist auch kein Kämpfer. Die kommunistische „Massen"partei tut deshalb gut, künftig den Mund weniger voll zu nehmen, denn ihr fehlen nach ihren eigenen Angaben die Massen. Sie ist weiter nichts als eine Sekte und die wird sie bis zu ihrem seligen Ende auch bleiben.

Wachvergehen und Bestechlichkeit.

Der Kanonier Walter Seidel stand Anfang April 1919 am Märkischen Bahnhof Posten. Da kam der Feldwebel Fleischer und sagte ihm, er möge mal für einige Zeit seinen Posten verlassen. Seidel ging auch weg und als er nach etwa einer halben Stunde wiederkam, gab ihm Fleischer 500 Mark. Eine Feststellung ergab, daß während der Abwesenheit des Postens fünf Säcke Kaffee gestohlen worden waren.

Am Mittwoch stand nun Seidel vor der 2. Strafkammer, um sich wegen Duldens eines militärischen Diebstahls in Tateinheit mit Wachvergehen und Bestechlichkeit zu verantworten. Der Angeklagte sagt, er habe nur den Befehl eines Vorgesetzten ausgeführt. Es wurde aber festgestellt, daß Fleischer nicht sein Wachtvorgesetzter war. Das Gericht erkannte auf 8 Monate Gefängnis.

Ein Kohlenhamsterer.

Der Kaufmann Albert Vollmann hatte einen Strafbefehl über 500 Mark bekommen, weil er im Januar 1921 50 Zentner Kohlen ohne Marken bezogen hatte. Sein eingelegter Einspruch wurde am Mittwoch vor dem Schöffengericht verhandelt. Er führte zu seiner Verteidigung an, daß er geglaubt habe, es sei erlaubt, Kohlen hintenherum zu kaufen. Der Amtsanwalt wies darauf hin, daß es nicht gehen könne, wenn sich ein Haushalt übermäßig mit Kohlen versorgt, während andere mühsam versuchen, einen Zentner zu bekommen. Er beantragte deshalb Bestätigung des Strafbefehls. Das Gericht setzte die Strafe auf 150 Mark herab.

Ein verlorener Sohn.

Der 28 Jahre alte Handlungsgehilfe Hermann Czech, Sohn achtbarer Eltern, geriet frühzeitig auf die schiefe Bahn und wurde auch wiederholt bestraft. Jetzt stand er wiederum vor der Breslauer 1. Ferienstrafkammer, um sich wegen Betrug in vier Fällen und Urkundenfälschung in zwei Fällen zu verantworten. Im April d. J. aus der Strafhaft entlassen, verfiel er wieder dem alten Laster. Er borgte verschiedene Leute unter Vorspiegelung falscher Tatsachen um Beträge bis zu 300 Mark an. Als Sicherheit gab er Wechsel mit der Unterschrift seines Vaters. Der Staatsanwalt beantragte gegen ihn eine Gefängnisstrafe von einem Jahre neun Monaten, da er ihm nochmals mildernde Umstände zubilligen wollte. Das Gericht konnte aber nirgends einen Milderungsgrund finden und verurteilte ihn zu einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus; zwei Monate wurden ihm auf die Untersuchungshaft angerechnet.

---

* **Die städtische Lesehalle 4,** Sadowastraße, bleibt noch bis zum 31. August einschließlich geschlossen.

* **Amerikanisches Hindernisrennen im Lunapark.** Am Donnerstag, den 25. August, wurden folgende Endresultate erzielt: 1. Preis (250 Mark), Tille, 1 Min. 50 Sek., 2. Preis (150 Mark), Werner, 3 Min. 10 Sek., 3. Preis (100 Mark), Wenkendorf, 3 Min. 20 Sek.

* **Der Kampf um die Heimstätte** ist Gegenstand eines öffentlichen Vortrages, den der Geschäftsführer des Aktionsausschusses der Gewerkschaften für das Reichsheimstättenamt, Johannes Lubahn, aus Berlin, Dienstag, abends Punkt 8 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses hält.

* **Vereinigte Theater.** Die Direktion der Vereinigten Theater weist darauf hin, daß lediglich die Eröffnungs-Vorstellung des Lobe-Theaters um 7 Uhr abends, jede weitere Vorstellung in beiden Theatern aber um 7½ Uhr beginnt. Die erhöhten Preise, die für die Eröffnungsvorstellungen angegeben sind, gelten nur für Premieren und Sonntags-Aufführungen, dagegen findet bereits die erste Wiederholung der „Nibelungen" am Mittwoch, den 31. August, zu gewöhnlichen Eintrittspreisen statt.

* **Dauerholzwohnhäuser.** Von den wenigen Dauerholzwohnhäusern, die Frankreich der deutschen Industrie als Probelieferung für das Wiederaufbaugebiet in Auftrag gegeben hat, wird ein solches in reiner Holzbauweise auch von den Deutschen Holzbau-Werken Carl Tuchscherer in Ohlau in Schlesien ausgeführt. Dieses Dauerwohnhaus wird auf den vorstehend genannten Werken in einigen Wochen fertig gestellt sein und kann alsdann von Interessenten dort besichtigt werden.

* **Zirkus Busch.** Ab 25. August gelangt das mit beispiellosem Erfolg vor kurzem im Schießwerder gespielte Sittenstück in 3 Akten von O. Keißner, mit dem vom Publikum selbstgewählten Titel: „Die große Schmach" mit teilweise neuer Besetzung zur Aufführung.

* **Zauberschau Direktor Kaßner.** Das mit großem Beifall aufgenommene Gastspiel des Hexenmeisters Direktor Kaßner ist um 10 Tage verlängert und mit einem neuen Programm ausgestattet worden, in welchem besonders das Verschwinden des Droschkenschimmels 116 größtes Aufsehen erregt.

* **Hauptschankwirtschaft an der Jahrhunderthalle.** Heute Freitag 19. Konzert des Stadttheater-Orchesters unter Leitung des Kapellmeisters Dr. Fritz Müller-Prem. Wagner-Abend. Mitwirkung Opernsängerin Maria Rossi, Fräulein Rossi wird Elsas Gesang „Einsam in trüben Tagen" aus Lohengrin und die Arie der Elisabeth „Dich teure Halle grüß ich wieder", aus Tannhäuser singen. Ferner enthält das Programm u. a. Nachtgesang aus „Tristan und Isolde", Fantasie aus „Die Meistersinger von Nürnberg", Ouvertüre zu „Rienzi". Beginn des Konzerts 7 Uhr, Eintritt 3 Mark. Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert im Saale statt.

* **Eine Gastwirtschaft geplündert.** In der Nacht zum 20. August wurde die Gastwirtschaft Gräbschenerstr. 60 von Einbrechern um 30 Liter Korn, etwa 25 Flaschen Liköre, 10 000 Zigaretten, etwa 400 Zigarren, 2 Pfund Butter, einige Spiele französische Karten und 100 Mark Kleingeld beraubt.

* **Erschossen hat sich** am Sonntag nachmittag in einem Gasthof im Innern der Stadt ein junger Mann, der sich in das Fremdenbuch unter dem Namen Hans Langner aus Berlin, geboren 1898, eingetragen hatte. Da er noch Lebenszeichen zeigte, wurde er nach einem Krankenhaus geschafft, verstarb dort aber alsbald. Ob seine Angaben über seine Person richtig sind, ist bisher polizeilich noch nicht festgestellt.

* **Einem Ledergeschäft** im Keller Höfchenstraße wurde in der Nacht zum 21. d. Mts. Einbrecherbesuch abgestattet, wobei ein großer brauner Reisekoffer, 12 große gelbe Damenhandtaschen, 7 schwarze kleine Besuchstaschen und 7 Aktentaschen weggeschleppt worden sind.

* **Die Feuerwehr** ist am 20. d. Mts. wieder viermal in Anspruch genommen worden. 7½ Uhr früh hatte sie einen Balkenbrand Herrenstraße 7 abzulöschen, was in einer halben Stunde erledigt war. Um 3½ Uhr nachmittags wurde sie nach Eichenallee, Ecke Hohenzollernstraße, gerufen, wo ein Düngerhaufen in Brand geraten war, der auseinandergerissen werden mußte, um mit einem Schlauchgange abgelöscht zu werden. Nach einstündiger Tätigkeit konnte sie heimkehren. — Abends, nach 8½ Uhr, entstand in der Wäscherei und Färberei von Felix, Gräbschenerstraße 249 Feuer im Kesselhause infolge Kurzschlusses. Das Feuer löschte die Wehr in 4 Minuten, aber die erforderliche Aufräumung erforderte noch fast einstündige Arbeit. — Um 9½ Uhr abends eilte die Wehr nach Berliner Straße 35, wo in einer Tischlerei ein Brand entstanden war, den die Wehr in einer halben Stunde zu ersticken vermochte.

Ruba-Seife
Beste Hauswaschseife.
Rudolph Balhorn
Seifen- und Parfümerien-Fabrik.

Schauspielhaus.
Operettenbühne. Tel. Ring 2545.
Heute und täglich 7½ Uhr:
„Das Hollandweibchen".
Sonntag nachm. 3½ Uhr:
„Die Fledermaus".

Liebich-Theater
Letzte Tage
der Operetten-Spielzeit!
7½ Uhr:
„Die närrische Liebe"
Hiller / Westermeier.

Unwiderruflich bis 5. September!
Konzerthaus
Gartenstr. 39 Tägl. 8 Uhr:
Dir. Kassner
Zauber-Schau
Karten bei Hainauer u. 11–1 Uhr Konzerthaus
Sonntags 2 Vorstellgn. 3½ u. 8

Zeltgarten
Täglich 7½ Uhr:
Die glänzenden
Spezialitäten
u. a. 6216
Fred Kaiser
d. urkom. Zirkusclown.

Dominikaner!!!
Täglich Punkt 7½ Uhr:
Schwarzenbergs
Schlager-Programm.
Neu! Neu!
Am goldenen Hochzeitsmorgen
Neu! Sturm in Pöpelwitz
Duett — Humor — Stimmung!

Dampferverkehr
Sonnabend, den 27. August:
Promenadenfahrt
auf 4 Salondampfern nach
Steine.
Während der Fahrt
auf allen Dampfern Konzert.
Abfahrt: Ohlaufer-Kaiserbrücke 1. Dpfr. 6 Uhr, 2. Dpfr. 6½ Uhr, 3. Dpfr. 7 Uhr, 4. Dpfr. 7½ Uhr. — Anschließend daran freies Tanzvergnügen im Parkettsaal Steine.
Vorverkauf:
Verkehrsbüro Barasch und Kasse der Dampferhaltestelle.
Sonntag von früh 7 Uhr ab alle 30 Minuten, wie üblich, Fahrt nach Wilhelmshafen u. Zwischenstationen. Nachm. 3 Uhr geht ein Dampfer mit Umsteigen in Wilhelmshafen nach folg. Stationen: Lanisch, Steine, Margareth. — Rückfahrt ab Margareth abds. 7 Uhr, ab Steine 7 20, ab Lanisch 8 00, ab Wilhelmshafen 8 30. 4174

PALAST Theater
Zwei Großfilme
in einem Programm.
Der Riesenprunkfilm:
Das Geheimnis einer Nacht
oder: 6251
Angelo, der Unheimliche!
6 Akte 6
Außerdem:
Der Abenteurerfilm:
Der Cowboy-Milliardär!
Spannende Abenteuer aus dem wilden Westen
5 Akte 5

Möbel
zu enorm billigen Preisen.
Größte Auswahl in Schränk., Vert., engl. Betten, Schlafzimmer, Küch., Sof., Chaiselongu., auch Teilzahlung, bei
J. Eisinger
[illegible]

Damenhüte
neueste Formen
Filzhüte
32.— Mk. an.
Paul Cohn
[illegible] 4142

Vereinigte Theater in Breslau.
Direktion: **Paul Barnay.**

Lobe-Theater.
Dienstag, 30. August, 7 U. abds.
Eröffnungs-Vorstellung:
„Die Nibelungen"
von Hebbel.
(„Der gehörnte Siegfried" Hierauf: „Siegfrieds Tod"). In Szene gesetzt v. Paul Barnay. (Erhöhte Preise). **Folgende Tage:** „Der gehörnte Siegfried" und „Siegfrieds Tod". **Gewöhnliche Preise.** Vorverkauf täglich von 10 bis 2 Uhr und 4½ bis 7 Uhr an der Theaterkasse des Lobetheaters, Lessingstraße 8, und im Verkehrsbüro Barasch, Ring.

Thalia-Theater.
Donnerstag, 1. Sept., 7½ U. abds.
Eröffnungs-Vorstellung:
„Die Bummelstudenten"
Große Posse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Bernauer und Schanzer. Musik von Bretschneider und Zepler. In Szene gesetzt von Alex Hadeh. Musikalische Leitung: Walter Both. Orchester 22 Mann. Erhöhte Preise. **Folgende Tage:** „Die Bummelstudenten". **Gewöhnliche Preise.** Vorverkauf täglich v. 10–2 u. 4½ bis 7 Uhr an der Kasse des Thalia-Theaters, Schwertstr. u. Verkehrsbüro Barasch, Ring.

Liebich-Cabaret u. Weinrestaurant
Täglich 8 Uhr:
Das große Augustprogramm
mit Frl. Elly Gläßner, Berlin, als Gast.
Im Tempelgarten: 6249
Auftreten von Su und Matra
die erfolgreichsten Exzentrik-Tänzer.

Kaiser Kronprinz Lichtspiele
Neue Schweidnitzer Straße 19 | Gartenstraße 40
Ab Freitag, den 26. August 1921: 4177

Die drei Tänze der Mary Wilford
Grandios. Sitten- u. Abenteurerfilm in 1 Vorspiel u. 5 Akten.
Dazu:
Wie der Herr — so der Diener
Lustspiel in 3 Akten.
Hauptrolle: **Ida Vanè.**

Lola, die Apachenbraut
I. Teil.
Gewaltiger Abenteurerfilm in 6 Akten.
Hauptrollen: Sadjah Gezza, Colette Corder.
Karlchen ist zerstreut
Toller Schwank in 2 Akten.

Lichtspiel-Haus
Junkernstr. 38
zwisch. Schweidnitzerstr. u. Christophoriplatz

Täglich 4 Uhr
Sonntags 3 Uhr

WK
Matthiasstraße 38
u. Weißnerstraße 5

Wegen außerordentlich hoher Beschaffungskosten in beiden Theatern gleichzeitige
Uraufführung 6220
des amerikanischen Abenteurer-Sensations-Großfilms
Ein Kampf auf Leben und Tod um 20.000.000 Dollars!

4 gewaltig. Episoden • 24 Groß-Akte

1. Episode: Der Sprung in den Abgrund
2. Episode: Auf den Schienen d. Railway
3. Episode: Dem Krokodil ausgeliefert
4. Episode: Die gerechte Vergeltung

2 Episoden — 12 Akte
in jedem Programm

Dies von allerersten Kräften der neuen Welt ausgeführte Meisterwerk amerikanischer Filmkunst stellt wegen der waghalsigsten und tollkühnsten Abenteuer zu Wasser und zu Lande tatsächlich alles, was bisher geboten wurde, weit in den Schatten.

Aufruf an alle christlich gesinnten Kreise!
Tretet der Theatergemeinde des Bühnenvolksbundes bei!

Warum?
1. Sie kämpft gegen Schund und Schmutz im Kino und Theater nicht nur mit Worten, sondern durch die Tat!
2. Sie tritt ein für deutsche Kultur und christliche Lebensauffassung!
3. Sie macht das Theater zu einer Weihestätte des Gemeinschaftslebens und veredelt Unterhaltung und Vergnügen.
4. Sie ermöglicht allen Volkskreisen den Besuch des Theaters zu mäßigen Preisen und fördert so christliche Kunsterziehung und sittliche Volksbildung.

Helft mitbauen an der geistigen Erneuerung des Deutschen Volkes!

Es ist christliche Kulturpflicht, die Bestrebungen des B.-V.-B. zu unterstützen.

Bedingungen: Der Monatsbeitrag beträgt Mk. 6.50. Dazu kommen 2 Mk. einmalige Einschreibgebühren; bei jeder Zahlung in den in allen Stadtteilen eingerichteten Zahlstellen 50 Pfg. Erhebungsgebühren. Letztere entfallen bei viertel- und ganzjährlicher Zahlung in der

Geschäftsstelle des Ortsausschusses des B.-V.-B.
Ohlauer Straße 44, Eingang Neue Gasse 28, Telefon R. 12 880.

Für diesen Beitrag haben die Teilnehmer Anspruch auf 12 Freikarten im Spieljahr 1921/22 und zwar für 2 Opernvorstellungen im Stadttheater, 6 Schauspielvorstellungen im Lobetheater und 4 Kunstabende, ausgeführt von ersten Kräften.

Eröffnung der Darbietungsreihe mit der Nibelungen-Trilogie von Fr. Hebbel gegen Mitte September.

Sofortige Anmeldung der Bezirkeiten wegen notwendig. Alles Nähere durch die Geschäftsstelle, Ohlauer Straße 44, Eingang Neue Gasse 28, Fernsprecher R. 12 880.

Der Arbeitsausschuß:
[illegible]

Ah! Lichtspiele
Schweidnitzerstraße 37

Was drei Berliner Mädchen erlebten ???

Der Andrang beweist es:

Aus dem Tagebuch eines Backfisches
Im Lunapark. — Wie man Mädchen kennen lernt. — Die Folgen eines Sektgelages. — Warum Lisa erst früh nach Hause kam. — Eine Razzia im Nachtlokal. — Der Banknotenfälscher und seine Geliebte. — Kupplerin aus Liebe zur Tochter.

Großstadtmädels (III. Teil)
übertrifft die beiden ersten Teile.
Dazu das große Beiprogramm:
Reinh. Schünzel der beste Darsteller modern. Sittenbilder
„Die letzte Stunde"
Sittenbilder aus dem heutigen Leben. **5 spannende Akte** in glänzender Besetzung. 6263

Beh! Lichtspiele
Heinrichstraße 21–23

Der herrlichste
Sportfilm
aus St. Moritz
Szenen atemraubender Spannung.

Spuren im Schnee
Ein spannender Roman in 6 Akten aus den [illegible]. Im Rahmen einer bewegten Handlung waghalsige Sportsensationen und Gebirgsaufnahmen, wie sie nur von ersten Sportkünstlern gestellt werden können, und übertrifft dieses Bild den berühmten Film
Wunder des Schneeschuhes
Ferner:
Malaria
Ein äußerst packendes Drama in 5 Akten.
Fesselnde Massenszenen aus einem russischen Fürstenhause in hervorragender Darstellung.
Eine Glanzrolle für **Lyda Salmanowa** nach dem Roman:
Urlaub vom Tode. 6264
Ferner im Riesenprogramm:
Lottchens Hochzeitsreise
Ein Lustspiel in 2 Akten.

Lieber Alfred! Komme Sonntag nachm. um 3 Uhr. Es war eine Verfehl. a. Dienstag, habe vergeb. gew. Berta, Lohestr. 77 6266

Billigste Lebensmittel
sind nur
Teichstraße 23

„Der wahre Jakob,"
Heft 60 Pfennige.

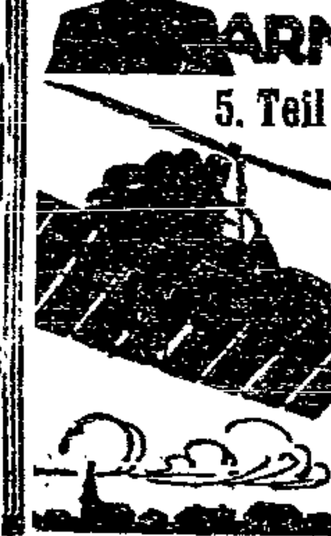
Schauburg
Victoria-Theater
Neue Taschenstraße
Anfang 5 Uhr
2 Minuten vom Hauptbahnhof

Zu dem Thema:
Mädchenhändler in Breslau
Aufklärungsfilm!
Nach langer Prüfung von der Reichszensur
freigegeben!

Der Weg der zur Verdammnis führt
1. Teil: **Das Schicksal der Änne Wolter**
5 Akte
2. Teil:
Hyänen der Lust
5 Akte
Motto: **Wenn Liebeslust der Jugendjahre sich in bittres Leid verwandelt.**
Inhalt: Der Provinztrampel — Wenn ein Mädchen stark umschwärmt wird — Ein Traum von Promenadenschuhen, Spitzen und durchzogener Wäsche — Unberührte Ware — Herausgemacht — Der »Amerikaner« — Nach Budapest — Warnung des Nationalkomitees — Nach Amerika verschleppt — Razzia — Also so »eine« — Treffpunkt der vornehmen Welt — Wieder das hochherzige Komitee — Ännys Gebrechen.

DK
Friedrich-Wilhelmstraße 35 4178

Unerreicht sind und bleiben die **Sensationen:**
GOLIATH ARMSTRONG 36 Akte



5. Teil: **Der Luftschrecken!**
oder: Das Verderben im Nacken — 6 Akte
6. Teil: Entlarvt
Wer war das Phantom?
6 Akte

Zepter-Kino
Klosterstr. 27
Henny Porten — Henny Porten
Jannings Kraus
in Gerhart Hauptmann's stärkstem und bestem Drama:
Rose Bernd
die Kindesmörderin
6 Akte.

Außerdem:
Schimpansekönig Jack's Geheimnis 6 Akte.
Ab Dienstag, den 30. August:
GOLIATH ARMSTRONG 36 Akte

Volksgarten-Lichtspiele
Michaelisstraße 48.
Nur bis Montag
Harry Piel
in dem großen 6265
Sensations- u. Detektiv-Abenteuer

Das Gefängnis auf dem Meeresgrunde
in 6 äußerst spannenden Akten.
Dazu:
Lotte, du süße Maus
Tolles Lustspiel in 2 großen Akten.

Gegen Wanzen, Flöh' u. Läuse
Nimmt **Mesolfa!** nur der Weise:
Augenblicklich, wird gesund
Tier und Mensch und Kopf und Hand.
In ½ Stunde [illegible] **Garantie** Kopf-, Filz- und Kleiderläuse
Läuse
[illegible] Wanzen, Flöhe bei Menschen und Tieren. Gat. gesch. Mittel, [illegible]. Verkauf: Drogen nur [illegible], Kupferschmiedestraße 13, [illegible], Teichstr. 13, [illegible], Matthiasstraße 45, [illegible], Friedrich-Wilhelm-Str. 67.
[illegible]

Kaiser Wilhelm Theater
Gartenstraße 35.
Von Freitag bis Montag:
Fern Andra
in 6250
„Zwei Menschen"
Großer Sitten-Roman in 5 großen Akten.
Ferner:
Gold!
Der Menschheit Fluch.
Gr. Sensations-Schauspiel in 5 gr. Akten mit Raoul Aslan und Loe Ley.

Bei krankhafter **Periodenstörung** verlangen Frauen nur meine sicher wirkenden Mittel.
Billigste Preise in Gummiwaren
Irrigatoren, Spülspritzen, Leib- und Monatsbinden.
Katalog gegen 50 Pfg.-Marke.
Frau B. Zander,
Masseurin 6163
Breslau 9.
Gellhornstraße 28, 1. Stock
An der Kaiserbrücke.

Damen-Hüte
in Velour, Filz und Sammet
Formen zum Ueberziehen empfehlen
Freund & Krebs
Filzhutfabrik
Karlstraße 30
neben der Hofkirche.
Damen- und Herrenfilzhüte werden umgeformt

Auffallend billig!!

Kinderwagen, Sportwagen, Kind.-Metallbettstellen

Leiter- u. Kastenwagen, Kastenwagen [illegible]
Friedr.-Wilhelmstr. 17
[illegible]

Inserate erzielen in der „Volkswacht" den größten Erfolg